



Vereinte Nationen

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Generalversammlung

Offizielles Protokoll

Fünfundsechzigste Tagung

Beilage 1



Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Fünfundsechzigste Tagung
Beilage 1

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2010

Anmerkung

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung.....	1
II. Ergebnisse für die Bedürftigsten erreichen.....	3
A. Entwicklung.....	3
1. Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele.....	3
2. Die besonderen Bedürfnisse Afrikas.....	6
B. Frieden und Sicherheit.....	7
1. Vorbeugende Diplomatie und Unterstützung von Friedensprozessen.....	7
2. Friedenssicherung.....	9
3. Friedenskonsolidierung.....	12
C. Humanitäre Angelegenheiten.....	12
D. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung sowie Demokratie und gute Regierungsführung.....	14
1. Menschenrechte.....	15
2. Rechtsstaatlichkeit.....	16
3. Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung.....	16
4. Demokratie und gute Regierungsführung.....	17
III. Sicherung der globalen Güter.....	19
A. Klimawandel.....	19
B. Globale Gesundheit.....	20
C. Bekämpfung des Terrorismus.....	22
D. Abrüstung und Nichtverbreitung.....	22
IV. Stärkung der Vereinten Nationen.....	24
A. Das Sekretariat, der zwischenstaatliche Apparat, systemweite Kohärenz und Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen.....	24
1. Das Sekretariat.....	24
2. Der zwischenstaatliche Apparat.....	26
3. Systemweite Kohärenz.....	26
4. Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen.....	27

B.	Globale Handlungspartner.....	28
1.	Stärkung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft.....	28
2.	Einbindung der Privatwirtschaft	29
V.	Fazit.....	30
Anhang		
	Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2010: statistische Tabellen.....	31

Kapitel I

Einleitung

1. Im Laufe des vergangenen Jahres hat die Welt sich vom Abgrund einer weltwirtschaftlichen Depression wegbewegt, und erste Anzeichen einer globalen Erholung ließen sich erkennen. Gewiss, die Erholung steht noch auf schwachen und unsicheren Beinen, und ein Rückfall kann nicht mit gänzlicher Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor unannehmbar hoch, und immer mehr Menschen befinden sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Wirtschaftsschwankungen, Konfliktausbrüche, Naturkatastrophen, bedrohte Ernährungssicherheit und Druck auf die natürlichen Ressourcen werden wohl nicht einfach verschwinden. Darüber hinaus zeigen die Analysen der Vereinten Nationen, dass die Regierungen zwar beträchtliche Anstrengungen zur Wachstumsförderung und Konjunkturbelebung unternommen haben, damit aber keineswegs den Bedürfnissen der Armen und Schwächsten immer gerecht wurden.

2. Dennoch gibt es da, wo die Aussichten für Millionen Menschen auf der ganzen Welt eher trübe zu sein schienen, heute Anlass zu neuem Optimismus. Genauer gesagt treffen mehrere wichtige Faktoren aufeinander, die dazu beitragen werden, die Vereinten Nationen durch diese ungewissen Zeiten zu lenken. Mit der Millenniums-Erklärung und den Millenniums-Entwicklungszielen verfügen die Vereinten Nationen über einen konkreten Orientierungsrahmen für ihre Maßnahmen. Bedeutende Ressourcen und umfangreiches Fachwissen helfen ihnen, an die derzeitigen Herausforderungen heranzugehen, was vermehrt über zunehmend robuste Partnerschaften mit der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft geschieht.

3. Diese Maßnahmen werden sich nur verwirklichen lassen, wenn es den Vereinten Nationen gelingt, weltweit kollektive politische Führungskraft und politischen Willen aufzubringen. Im vergangenen Jahr war die Organisation bestrebt, eine Führungsrolle wahrzunehmen und diesen Willen zu mobilisieren. Allerdings ist dies nicht eine Aufgabe, die die Organisation allein erfolgreich bewältigen kann. Das unerschütterliche und proaktive Engagement aller Mitgliedstaaten, der Entwicklungsländer ebenso wie der entwickelten Länder, insbesondere auf der im September stattfindenden Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele, ist unerlässlich.

4. Zudem müssen die Organisation und ihre Mitgliedstaaten in den nächsten fünf Jahren gezielt darauf hinwirken, durch weitere Maßnahmen die Fortschritte zu beschleunigen. Unter anderem geht es um die Schaffung innovativer Finanzierungsmechanismen und Investitionen, die benötigt werden, um die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu unterstützen, den gezielten Einsatz von Ressourcen zur Förderung von Frieden und Sicherheit und die Mobilisierung der Kräfte zur Deckung des Bedarfs auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und der Menschenrechte weltweit.

5. In diesem schwierigen Umfeld ist es dringender denn je geboten, zu handeln. Ganz zentral wird die Organisation unter anderem darüber entscheiden müssen, ob sie sich mittels entsprechender Maßnahmen das Potenzial eines der weltweit bedeutendsten gesellschaftlichen Akteure des positiven Wandels zunutze machen will, der Frauen.

6. Frauen können die Kraft und die Dynamik zum Tragen bringen, die die Welt dringend benötigt, um globalen Herausforderungen zu begegnen. Sie sind unverzichtbare Grundfesten für die Säulen des Friedens, der Sicherheit, der Achtung der Menschenrechte und der Entwicklung. Mündige Frauen heilen von Krieg zerrissene Gesellschaften, treiben den Markt und das Wirtschaftswachstum, bilden das Rückgrat von Familien und kämpfen für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Menschenwürde. Ohne ihre volle Mitwirkung kann das internationale System den an es gestellten Anforderungen nicht gerecht werden.

7. In diesem Jahr, in dem sich die Verabschiedung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing zum fünfzehnten Mal und die Einleitung der globalen Initiative zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zum zehnten Mal jährt, ist die Botschaft an die Mitgliedstaaten und die Organisation klar: Die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen sind unerlässliche Ziele, für die sich die Vereinten Nationen zum Nutzen aller einsetzen müssen.

8. Zu zahlreich sind die Gesellschaften, in denen Frauen nach wie vor keinen gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, Technologien, Finanzmitteln, Arbeitsplätzen und Bildung erhalten, was ihren Unternehmergeist unterdrückt und sie zu einem Leben in Not verurteilt und zu Bürgern zweiter Klasse macht. Gewalt gegen Frauen verursacht in allen ihren Formen nicht wiedergutzumachendes Leid und untergräbt die gesellschaftliche Stabilität, den Frieden und die Entwicklung.

9. Aus diesem Grund legt der Generalsekretär 2010 den Vereinten Nationen eindringlich nahe, Programmen, die Frauen ermächtigen und sie vor diskriminierenden Praktiken und Gewalt schützen, volle Unterstützung zu gewähren. Es ist unabdingbar, dass die Mitgliedstaaten dabei an vorderster Front stehen.

10. Im vergangenen Jahrzehnt konnte die internationale Gemeinschaft beträchtliche Fortschritte in Bezug auf die Armutsbekämpfung, die Förderung nachhaltiger Entwicklung, die Sicherung von Frieden und Stabilität und die Förderung der Ermächtigung der Frau erzielen. Mit Blick auf das nächste Jahrzehnt sollten die Organisation und ihre Mitgliedstaaten noch größeren Ehrgeiz entfalten. Gemeinsam sollten sie auf eine Stärkung der Organisation hinarbeiten, um sie zur Schaltstelle für multilaterale Maßnahmen und zum Katalysator des Wandels zu machen. Durch vereinten Kräfteinsatz kann eine bessere Zukunft für alle zustande kommen.

Kapitel II

Ergebnisse für die Bedürftigsten erreichen

11. Das Jahr 2010 erweist sich als ein kritisches Jahr für die Erfüllung der Versprechen, die die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft den bedürftigsten Menschen in aller Welt gegeben haben: das Versprechen, die Millenniums-Entwicklungsziele in die Tat umzusetzen, das Versprechen, Frieden in Konfliktgebiete zu bringen und den Wiederaufbau nach Konflikten und Naturkatastrophen anzustoßen, und das Versprechen, die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie weltweit zu fördern. Das tragische Erdbeben in Haiti führt deutlich die komplexen Herausforderungen vor Augen, für deren Bewältigung die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten bereit und gerüstet sein müssen.

12. Die Herausforderungen sind enorm, doch wenn feste Zusagen durch die richtige Politik und angemessene Ressourcen untermauert werden, lassen sich erfahrungsgemäß selbst die größten Bedürfnisse decken und echte Fortschritte erzielen.

A. Entwicklung

13. In den 20 Jahren seit der Aufstellung der international vereinbarten Entwicklungsziele hat weltweit ein grundlegendes Umdenken in Entwicklungsfragen stattgefunden. Insbesondere die Millenniums-Entwicklungsziele bilden das Grundgerüst einer beispiellosen gemeinschaftlichen Anstrengung, die vielfältigen Dimensionen der Armut und der Ungleichheit zu bewältigen und eine globale Entwicklungspartnerschaft aufzubauen.

14. Mit der Aufstellung und Annahme der Millenniums-Entwicklungsziele rückten die Mitgliedstaaten die menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt und fassten den Beschluss, alles daranzusetzen, um unsere Welt sicherer, gerechter, nachhaltiger und wohlhabender zu machen.

1. Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele

15. Fünf Jahre vor Ablauf der vereinbarten Frist für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2015 ist Erfolg noch immer möglich, jedoch keineswegs gewährleistet. Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten sind weit vorangekommen, doch die Fortschritte sind ungleichmäßig, es bestehen erhebliche Lücken, und neue Herausforderungen sind aufgetreten. Um eine raschere Zielverwirklichung herbeizuführen, müssen alle Seiten intensivere Anstrengungen unternehmen.

16. Bei der Armutsminderung war der Fortschritt im Regionenvergleich unausgewogen und ist in manchen Teilen der Welt jetzt gefährdet. 2005 lebten 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut, das heißt sie mussten mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen. 1990 waren es noch 1,8 Milliarden, wobei der Großteil des Rückgangs China zuzuschreiben ist. Nach neuesten Schätzungen der Weltbank werden wegen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen bis Ende dieses Jahres weitere 64 Millionen Menschen in extremer Armut leben. Dennoch ist das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern dynamisch genug, um die Armut weiter zurückzudrängen und die Armutsminderung weltweit auf Zielkurs zu bringen.

17. Zwar gibt es keine Frist für die Herbeiführung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, aber es kann auch kein Land für sich beanspruchen, dieses Ziel erreicht zu haben. Mangelnde Fortschritte bei der Schaffung produktiver und men-

schenwürdiger Arbeitsplätze in städtischen Gebieten und die stagnierende Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe in vielen ländlichen Gegenden waren die Hauptursachen für den Fortbestand der Armut und den Anstieg der Erwerbsarmut. Der fehlende Zugang von Frauen zu Grund und Boden und ihr dadurch beeinträchtigter Zugang zu Krediten, Produktionsmitteln und Beratungsdiensten wirkten sich darüber hinaus nachteilig auf die Ernährungssicherung aus. Die Nahrungsmittel- und die Energiekrise sowie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Fortschritte weiter untergraben.

18. Seit 2000 wurden bemerkenswerte Fortschritte im Hinblick auf die allgemeine Grundschulbildung erzielt, und in vielen Entwicklungsländern liegt die Bildungsbeteiligung in diesem Bereich jetzt über 90 Prozent. In Afrika südlich der Sahara ist die Beteiligungsquote auf Grundschulebene am schnellsten gestiegen. Es besteht eine gewisse Sorge, dass die Fähigkeit der Schulen und Lehrer, eine hochwertige Bildung zu bieten, durch den raschen Anstieg der Beteiligungsquote zu stark unter Druck geraten könnte.

19. Das Geschlechtergefälle bei der Bildungsbeteiligung auf Grundschulebene hat sich im letzten Jahrzehnt abgeflacht, wenn auch nur allmählich. Im Sekundarschulbereich, der für die Ermächtigung der Frauen besonders wichtig ist, ging es noch schleppender voran, und vereinzelt waren sogar Rückschritte zu verzeichnen.

20. Die Geschlechterungleichheit auszuräumen und die Frauenermächtigung herbeizuführen gehört weiter zu den am schwierigsten zu erreichenden Querschnittszielen. Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten ist weltweit nur langsam angestiegen und betrug im Januar 2010 durchschnittlich 19 Prozent. Einige Entwicklungsländer gingen hier mit befristeten Sondermaßnahmen, einschließlich Quotenregelungen, beispielhaft voran und erzielten rasche Fortschritte.

21. Gewalt gegen Frauen und Mädchen fordert einen inakzeptablen Tribut und stellt ein ernstes Hindernis für die weltweite Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele dar. In der Kampagne des Generalsekretärs zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen wird den Ländern daher nahegelegt, innerstaatliche Rechtsvorschriften zu erlassen und durchzusetzen, um alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen und zu bestrafen, sektorübergreifende nationale Aktionspläne zu beschließen und umzusetzen, die Erhebung von Daten über die Verbreitung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verbessern, das Problembewusstsein der Öffentlichkeit zu schärfen, die Gesellschaft stärker zu mobilisieren und gegen sexuelle Gewalt in Konflikten vorzugehen.

22. Bei den gesundheitsbezogenen Millenniums-Entwicklungszielen gab es bedeutende Fortschritte. Die jährliche Zahl der Sterbefälle bei Kindern unter 5 Jahren ist weltweit von 12,5 Millionen (1990) auf 8,8 Millionen (2008) gesunken. Die Anzahl der Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die eine antiretrovirale HIV-Therapie erhalten, hat sich in den fünf Jahren zwischen 2003 und 2008 verzehnfacht. Dennoch steigen die HIV-Infektionsraten bei Frauen in einigen Regionen weiter an; daneben tragen Frauen und Mädchen in unverhältnismäßigem Umfang die Last der Pflege der Kranken. Erhebliche Fortschritte wurden bei der Senkung der Masernsterblichkeit und bei den Maßnahmen zur Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose erzielt. So gingen die Sterbefälle durch Masern in ganz Afrika drastisch zurück, und auch die Maßnahmen zur Malariabekämpfung scheinen Erfolg zu beweisen.

23. Dennoch werden viele Länder nach den derzeitigen Trends die gesundheitsbezogenen Zielvorgaben bis 2015 wohl nicht erreichen, insbesondere bei der Senkung der Müttersterblichkeit, bei der die geringsten Fortschritte zu verzeichnen waren. Wo Frauen den größten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, ist ihr Zugang zu reproduktionsmedizinischen Diensten nach wie vor unzulänglich.

24. Obwohl der Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Entbindungen in den Entwicklungsregionen von 53 Prozent im Jahr 1990 auf 63 Prozent im Jahr 2008 gestiegen ist, zeigte eine rezente wissenschaftliche Analyse, dass der Rückgang der Müttersterblichkeit zwischen 1990 und 2008 bei jährlich 1,3 Prozent und damit weit unter dem für die Erreichung der entsprechenden Millenniums-Zielvorgabe erforderlichen Wert von 5,5 Prozent lag. Der Zugang zu Gesundheitsdiensten für Mütter ist für arme Frauen und Frauen in ländlichen Gebieten besonders problematisch.

25. Positive Entwicklungen gab es bei dem Ziel, den Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser haben, um die Hälfte zu senken. Die Zahl der Menschen mit Zugang zu einer besseren Wasserquelle stieg in den Entwicklungsländern von 71 Prozent im Jahr 1990 auf 84 Prozent im Jahr 2008. Der Anteil der Menschen, die verbesserte sanitäre Einrichtungen nutzten, stieg jedoch zwischen 1990 und 2008 um nur 11 Prozentpunkte. Auch hat sich das Ziel, die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern zu verbessern, in Anbetracht dessen, was notwendig wäre, um den Wachstumstrend bei der Zahl der Slumbewohner umzukehren, als bei weitem nicht ehrgeizig genug erwiesen.

26. Seit 1986 wurden dank der Umsetzung des Montrealer Protokolls die Herstellung und der Einsatz aller kontrollierten ozonabbauenden Stoffe stufenweise um mehr als 98 Prozent verringert. Die Zuwachsrate bei den Kohlendioxid-Emissionen hingegen lag 1995-2004 erheblich über der des Zeitraums 1970-1994, und der Trend setzt sich ungebrochen fort. Der Netto-Waldverlust ist, zum Teil durch Wiederaufforstungsmaßnahmen, gesunken, doch gehen weltweit nach wie vor jedes Jahr etwa 5,6 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Die Zielvorgabe, die Rate des Verlusts an biologischer Vielfalt bis 2010 zu reduzieren, wurde verfehlt. Fast 17.000 Pflanzen- und Tierarten sind aufgrund großer Gefährdungen, darunter überhöhter Verbrauch, Verlust von Lebensräumen, invasive Arten, Verschmutzung und Klimawandel, nach wie vor vom Aussterben bedroht.

27. Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen betragen 2009 fast 120 Milliarden Dollar. Um das von der Gruppe der Acht in Gleneagles für 2010 gesetzte Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe von etwa 146 Milliarden Dollar zu Preisen von 2009 zu erreichen, werden in diesem Jahr über die erwarteten Leistungen hinaus Mittel in Höhe von rund 20 Milliarden Dollar (zu Preisen von 2009) benötigt werden, davon 16 Milliarden Dollar allein, um die Zusagen für Afrika einzuhalten. 2008 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder 0,09 Prozent des gesamten Bruttonationaleinkommens der Länder im Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wobei weniger als die Hälfte dieser Länder das Ziel erreichten, 0,15-0,20 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens als Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder bereitzustellen.

28. Mehrere wichtige Initiativen sind derzeit auf den rascheren Fortgang der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer international vereinbarter Entwicklungsziele gerichtet. Im Nachgang zu der Konferenz der Vereinten Nationen über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung befasste die Generalversammlung 2009 eine offene Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit verschiedenen Herausforderungen auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und der Reform. Die Arbeitsgruppe konzentrierte ihre Tätigkeit auf die Milderung der Entwicklungsfolgen der Wirtschaftskrise, auf Fragen systemischer Reformen und auf die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft.

29. Das System der Vereinten Nationen treibt die Durchführung seiner neun gemeinsamen Kriseninitiativen voran, die den Ländern helfen sollen, die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise durchzustehen und zu überwinden und zu denen unter anderem der Soziale Mindestschutz und der Globale Beschäftigungspakt zählen. Mit einem ähnlichen system-

weiten Schwerpunkt im Bereich Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit wurde ein Aktionsplan für die zweite Dekade der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Armut erarbeitet, der zu einer kohärenteren und besser integrierten systemweiten Reaktion auf die Wirtschaftskrise und ihre Folgen beitragen soll.

30. Insgesamt zeigt sich an den Erfahrungen des vergangenen Jahres, dass die Entwicklungsagenda dringend auf Entwicklungsstrategien unter einzelstaatlicher Trägerschaft abstellen muss, die kühne wirtschaftliche Wachstumsziele mit sozialen Zielen und nachhaltigen Entwicklungszielen verbinden. Diese Strategien sollten darauf ausgerichtet sein, Defizite bei der Vollbeschäftigung und der menschenwürdigen Arbeit auszuräumen, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in grüne Arbeitsplätze und die Ausweitung der öffentlichen Infrastruktur zu stimulieren, den Sozialschutz zu stärken, dem Privatsektor Anreize zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bieten sowie die Industriepolitik auf den Pfad einer CO₂-armen Entwicklung zu führen.

31. Die Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene zu den Millenniums-Entwicklungszielen im September wird eine hervorragende Gelegenheit bieten, die kollektiven Maßnahmen und die Partnerschaften für den Endspurt bis 2015 zu stärken und die breitere globale Entwicklungsagenda voranzubringen. Alle Akteure sind eindringlich aufgefordert, sich mit neuerlicher Entschlossenheit, die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, in den Gipfelprozess einzubringen.

2. Die besonderen Bedürfnisse Afrikas

32. Ein Jahrzehnt der festen Entschlossenheit zu Reformen und zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität macht sich im Entwicklungsverlauf Afrikas jetzt bemerkbar. Die Wachstumsrate im subsaharischen Afrika etwa liegt seit 2000 höher als in einigen Schwellenländern. Insgesamt bewies Afrika gegenüber der Finanz- und Wirtschaftskrise größere Widerstandsfähigkeit als viele andere Regionen der Welt und wird sich voraussichtlich schneller erholen als Lateinamerika, Europa und Zentralasien. Dennoch verlangsamte sich infolge der Krisen das bisherige Wirtschaftswachstum Afrikas, und die Exporterlöse, die Überweisungen aus der afrikanischen Diaspora und die ausländischen Direktinvestitionen gingen zurück. In dem Dokument *World Economic Situation and Prospects 2010 Update* (Aktuelle Lage und Perspektiven der Weltwirtschaft 2010) wird mit Stand von Mitte 2010 die aggregierte Wirtschaftswachstumsrate in Afrika für 2009 auf 2,4 Prozent und für 2010 auf 4,7 Prozent geschätzt, was unter dem Durchschnitt von etwa 5,7 Prozent für den Zeitraum 2004-2007 liegt.

33. Selbst nachdem der Aufschwung in den entwickelten Volkswirtschaften Fahrt gewinnt, könnten die Krisennachwirkungen auf Arbeitslosigkeit und soziale Wohlfahrt in Afrika anhalten, da die negativen Folgen einer globalen Rezession auf die Haushalte und bestimmte schwächere Gruppen nicht durch soziale Absicherungssysteme aufgefangen werden.

34. Die Statusverbesserung von Frauen und Mädchen in Afrika verlangt spezifische Aufmerksamkeit, wenn die Entwicklung schneller voranschreiten soll. Einige positive Schritte wurden bereits unternommen. Vier der 10 Länder, deren Parlamente im Februar 2010 den weltweit höchsten Frauenanteil aufwiesen, liegen in Afrika. Ruanda ist das einzige Land der Welt, in dem Frauen die Mehrheit der Parlamentarier stellen. Dennoch sind Frauen in der gesamten Region nach wie vor Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt, werden Opfer schädlicher traditioneller Praktiken und Denkhaltungen und leiden unverhältnismäßig unter Hunger und Armut.

35. Afrika hat das Potenzial, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Es verfügt über immensen menschlichen und materiellen Reichtum. Die Menschen in Afrika

brauchen weder Mitleid noch Almosen, sondern vielmehr das Rüstzeug zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Die entwickelten Länder sollten ihren auf den Gipfeltreffen der Gruppe der Acht und der Gruppe der Zwanzig sowie bei den Vereinten Nationen wiederholt abgegebenen Versprechen nachkommen, die Hilfe für Afrika zu verdoppeln. Doch nach Angaben der OECD wird Afrika 2010 wohl nur etwa 11 Milliarden Dollar (zu heutigen Preisen) der in Gleneagles vorgesehenen Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe um 25 Milliarden Dollar (zu Preisen und Wechselkursen von 2004) erhalten. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass einige große Geber, deren öffentliche Entwicklungshilfe zu großen Teilen für Afrika bestimmt ist, ihre Verpflichtungen nicht einhalten.

36. Die Lenkungsgruppe des Generalsekretärs für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika setzt Schwerpunkte bei konkreten Bedürfnissen auf strategisch entscheidenden Gebieten wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Infrastruktur und Handel. Sie hat der internationalen Gemeinschaft eine klare Vorstellung davon vermittelt, was zu tun ist, um Afrikas Eigenanstrengungen zur Entfaltung seines enormen Potenzials und zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu unterstützen. So etwa kommt ganz Afrika im Kampf gegen Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Aids voran. Es befindet sich jetzt auf dem besten Weg, das Ziel zu erreichen, bis 2015 die Malaria-Sterbefälle in Afrika südlich der Sahara auf Null zu senken. Auch im Bereich Regierungsführung und Aufbau institutioneller Kapazitäten hat sich das VN-System unterstützend eingebracht, insbesondere durch die Stärkung der Personal- und Führungskapazitäten auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes sowie bei elektronischen Behördendiensten und der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie im Dienste der Entwicklung. Auch auf diesen Gebieten hat Afrikas Entschlossenheit Früchte getragen, und in vielen Ländern herrscht jetzt politische Stabilität.

B. Frieden und Sicherheit

37. Die Pflicht, gewaltsame Konflikte zu verhüten, einzudämmen und beizulegen, ist in der Charta verankert und bildet eine zentrale Säule der Tätigkeit der Organisation. Im vergangenen Jahr hat das System der Vereinten Nationen seine Anstrengungen auf dem Gebiet der vorbeugenden Diplomatie sowie zur Verbesserung seiner Krisenreaktionskapazitäten, zur Bewältigung gewaltsamer Konflikte und zur Schaffung dauerhaften Friedens nach Konflikten erheblich verstärkt. Es ist offensichtlich, dass Instrumente wie die Friedenssicherung und die Friedenskonsolidierung als Teil einer politischen Lösung und nicht als Ersatz für diese angesehen werden müssen, wenn die Vereinten Nationen politische Krisen besser angehen und dauerhafter beilegen sollen.

1. Vorbeugende Diplomatie und Unterstützung von Friedensprozessen

38. Durch ihre enge Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Akteuren sind die Vereinten Nationen proaktiver, beweglicher und effektiver dabei geworden, gegen steigende politische Spannungen und sich abzeichnende Krisen vorzugehen. Im vergangenen Jahr übernahm die Organisation bei Vermittlungsprozessen in mehr als 20 Ländern auf vier Kontinenten eine führende oder unterstützende Rolle. Der Dienst zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen wurde durch den Aufbau von Wissen, Kapazitäten und einem Netzwerk von Sachverständigen professionalisiert, und es wurde eine Strategie zur Berücksichtigung von Geschlechterfragen bei der Vermittlung entwickelt, um eine wirksamere Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen zu fördern. Unterstützend veranstaltete die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten gemeinsam mit Mitgliedern der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten ein Kolloquium mit hochrangigen Teilnehmern über die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt in Konflikten im Rahmen von Vermitt-

lungs- und Friedensvereinbarungen. Darüber hinaus wurden stärkere Anstrengungen unternommen, um in einem politisch komplexen Umfeld tätigen Landesteam der Vereinten Nationen größere politische Unterstützung und Anleitung zukommen zu lassen.

39. Im vergangenen Jahr hat die Organisation erhebliche Aufmerksamkeit auf Afrika und den Nahen Osten gerichtet und dabei das gesamte Maßnahmenspektrum von der Konfliktverhütung bis hin zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung eingesetzt.

40. In Afrika arbeiteten die Vereinten Nationen eng mit regionalen und subregionalen Organisationen zusammen, um in Guinea, Guinea-Bissau, Madagaskar und Niger eine rasche und friedliche Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern und Gewalt abzuwenden.

41. In Guinea führte die Internationale Untersuchungskommission eine eingehende Untersuchung des Massakers vom 29. September 2009 durch, unter besonderer Berücksichtigung der dabei verübten sexuellen Gewalt. In Partnerschaft mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union betrieben die Vereinten Nationen präventive Diplomatie. Gemeinsam mit diesen Partnern führten die Vereinten Nationen auch eine Bedarfsabschätzung auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform durch, einem kritischen Faktor für die Festigung der langfristigen Stabilität in Guinea.

42. Der Regierung Sierra Leones halfen die Vereinten Nationen bei der Friedenskonsolidierung und der Konfliktprävention; im ersteren Fall durch Unterstützung bei der Weiterverfolgung wesentlicher politischer Vereinbarungen und im zweiten mittels vertrauensbildender Maßnahmen zur Vorbereitung der für 2012 angesetzten Wahlen.

43. In Westsahara arbeiten die Vereinten Nationen gemeinsam mit Marokko, der „Polisario“-Befreiungsfront und den Nachbarländern weiter an einer allseits annehmbaren Selbstbestimmungslösung für das Volk von Westsahara.

44. Die Vereinten Nationen vermittelten im Friedensprozess in der östlichen Region der Demokratischen Republik Kongo, was zu einer Annäherung zwischen Kinshasa und Kigali beitrug. Darüber hinaus waren sie weiter bei der friedlichen Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen Kamerun und Nigeria sowie zwischen Äquatorialguinea und Gabun behilflich.

45. In der Zentralafrikanischen Republik halfen die Vereinten Nationen, wesentliche Elemente des Friedensprozesses zu stützen, darunter die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten. Sie ermutigten ferner alle bewaffneten Gruppen zur Mitwirkung an dem Friedensprozess.

46. Um die Architektur für die Konfliktprävention zu stärken, unterstützten die Vereinten Nationen in Westafrika über ihr Regionalbüro den Kampf gegen den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität.

47. In Somalia verfolgten die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten eine Strategie zur Unterstützung zerbrechlicher Friedensprozesse. Während des gesamten Jahres wurden die Bereitschaftspläne fortlaufend aktualisiert, um für den Fall eines Beschlusses des Sicherheitsrats über die Entsendung einer Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen gerüstet zu sein.

48. Im Nahen Osten unterstützten die politischen Missionen der Vereinten Nationen mehrere Länder bei dem schwierigen Übergang vom Krieg zum Frieden. Die Vereinten Nationen bemühten sich, förderliche Bedingungen für eine Wiederaufnahme der politischen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern zu schaffen. Sie waren dabei behilflich, eine Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Israel und Libanon zuwege zu bringen, und ermutigten die Regierung Libanons, eine umfassende Grenzstrategie zur

Durchsetzung des Waffenembargos zu entwickeln. Darüber hinaus setzte sich die Organisation konsequent für eine volle Wiederöffnung der Grenzübergänge in Gaza ein.

49. Im Rahmen des Nahost-Quartetts wirkten die Vereinten Nationen aktiv daran mit, eine umfassendere Nahost-Regelung zu unterstützen und auf neue Entwicklungen in der Region zu reagieren. Im Gefolge des israelischen Angriffs auf einen Schiffskonvoi, der nach Gaza unterwegs war, und der Umleitung des Konvois, befasst sich der Generalsekretär seit einiger Zeit im Einklang mit der diesbezüglichen Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten (S/PRST/2010/9) mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine glaubwürdige, transparente und unabhängige internationale Untersuchung der Vorfälle.

50. In Irak halfen die Vereinten Nationen bei der Überwindung einer Pattsituation im Hinblick auf das Wahlgesetz des Landes und ebneten so den Weg für Nationalwahlen im März 2010. Vertreter der Regierung Iraks und der Regionalregierung des irakischen Kurdistan kamen im Rahmen einer hochrangigen Arbeitsgruppe unter dem Dach der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak zusammen, um die Berichte der Mission über umstrittene landesinterne Grenzen zu erörtern.

51. In Sri Lanka hat der Generalsekretär entsprechend den Verpflichtungen in der Gemeinsamen Erklärung vom Mai 2009 die Zusammenarbeit mit der Regierung aufgenommen. Das System der Vereinten Nationen unterstützt demzufolge nun die Aussöhnung und eine dauerhafte politische Lösung, die den Bestrebungen und Anliegen aller Gemeinschaften Rechnung trägt, leistet Hilfe bei der Rückführung und Wiederansiedlung von Vertriebenen, einschließlich ehemaliger Kindersoldaten, und hat einen Prozess der Rechenschaft für alle mutmaßlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gefordert.

52. Auch in anderen Teilen der Welt waren die Vereinten Nationen tätig: Sie halfen Regierungen in Zentralasien, im Rahmen eines Konfliktpräventionsprogramms Regelungen für die gemeinschaftliche Bewirtschaftung gemeinsamer Wasser- und Energieressourcen zu erarbeiten, sie unterstützten den Dialog über die Namensfrage zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, sie erleichterten echte Verhandlungen über eine umfassende Regelung in Zypern und sie waren bei der friedlichen Beilegung der Grenzstreitigkeiten zwischen der Bolivarischen Republik Venezuela und Guyana behilflich.

2. Friedenssicherung

53. Der Friedenssicherung kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, die Wahrung oder Wiederherstellung dauerhaften Friedens und anhaltender Stabilität in Postkonfliktländern überall auf der Welt zu unterstützen. Bei den Vereinten Nationen erreichte die Zahl der entsandten Friedenssicherungskräfte im vergangenen Jahr mit 124.000 gegenüber nur 20.000 vor lediglich zehn Jahren einen Höchststand.

54. Bei vier Friedenssicherungsmissionen stand im vergangenen Jahr die Schaffung eines förderlichen Umfelds für Wahlen und Verhandlungen im Mittelpunkt. Die Mission der Vereinten Nationen in Sudan unterstützte die Wahlen im April 2010 und stärkte gleichzeitig ihre Kapazitäten zum Schutz von Zivilpersonen. Sie begann auch mit der Unterstützung wichtiger Akteure bei der Planung der für 2011 anstehenden Referenden und band sie in die Erarbeitung von Regelungen für die Zeit nach den Referenden ein. Indessen führten Verhandlungen in Darfur zum Abschluss vorläufiger Vereinbarungen zwischen der Regierung Sudans und einer der Koalitionen von Oppositionsgruppen. Dennoch bleibt für den Fortgang des Friedensprozesses zwischen Nord und Süd und den Abschluss eines alle Seiten einschließenden, umfassenden Friedensabkommens für Darfur noch viel zu tun. Der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur wurde

durch die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit weiter bei der Durchführung seines Mandats behindert.

55. In Côte d'Ivoire führten Meinungsverschiedenheiten über das endgültige Wählerverzeichnis zur Verschiebung der Wahlen, wobei es zu mehreren gewaltsamen Zwischenfällen kam. Die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und das Landesteam der Vereinten Nationen unterstützten auch weiterhin die Durchführung der Politischen Abkommen von Ouagadougou und die Friedenskonsolidierung.

56. Die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) leistete technische Hilfe bei der Durchführung der Wahlen im August 2009, unterstützte dabei auch die Beteiligung der Frauen und vermittelte im politischen Dialog, um Probleme auszuräumen, die im Anschluss an die Wahlen entstanden. Die Mission unterstützte weiter die Koordinierung der internationalen Hilfe und war der neuen Regierung dabei behilflich, zunehmend mehr Verantwortung zu übernehmen. Allerdings wird die Tätigkeit der Mission durch mangelnde Sicherheit vor Herausforderungen gestellt, und bei einem tragischen Angriff auf eine Unterkunft der Vereinten Nationen in Kabul am 28. Oktober 2009 wurden fünf Mitarbeiter der Vereinten Nationen getötet.

57. Bei anderen Friedenssicherungsmissionen standen die Stärkung der Institutionen und die Stützung der Stabilität und der wirtschaftlichen Erholung im Mittelpunkt. So konzentrierten sich die Einsätze in Liberia und Timor-Leste auf die Stärkung der Institutionen der nationalen Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit und erleichterten gleichzeitig Wiederaufbau- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen. Die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste unterstützte die Wiederübernahme der Hauptverantwortung für Polizeiaufgaben durch die timorische Nationalpolizei und unterstützte die Regierung weiter bei der Stärkung der staatlichen Institutionen. In Liberia konnte die Mission die schrittweise Verringerung ihrer Personalstärke, die an die Erfüllung bestimmter Kriterien geknüpft ist, fortsetzen.

58. Erhebliche Fortschritte wurden auch im Friedensprozess in Burundi erzielt, wo entscheidende, sich über den Sommer hinaus erstreckende Wahlen stattfanden. Dass diese trotz Meinungsverschiedenheiten und umstrittener Ergebnisse friedlich verliefen, ist ein Zeichen für die heutige Tragfähigkeit des Friedensabkommens zwischen ehemals verfeindeten Parteien. Die Friedenssicherungsmission in dem Land wurde am 1. Januar 2010 in eine Friedenskonsolidierungsmission umgewandelt.

59. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon überwachte die Durchführung des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten, trug unter schwierigen Bedingungen zur Schaffung eines relativ stabilen Umfelds in Südlibanon bei und war aktiv darum bemüht, ein Abkommen zu vermitteln, das den Abzug der israelischen Truppen aus dem nördlichen Teil Ghadschars gestatten würde, wie in Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats erwogen.

60. Haiti hatte mit Unterstützung durch die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) stetige Fortschritte im Hinblick auf die Stabilität und die wirtschaftliche Erholung erzielt, als das Land von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht wurde. Mehr als 220.000 Menschen, darunter auch 101 Mitarbeiter der Vereinten Nationen, kamen dabei ums Leben. Mehr als 300.000 Haitianer wurden verletzt, und die Schäden und Verluste werden auf 7,8 Milliarden Dollar geschätzt. Massive internationale Hilfsmaßnahmen liefen sofort an, und der Sicherheitsrat genehmigte zusätzliche Militär- und Polizeikräfte zur Unterstützung der Mission.

61. Nach dem Erdbeben erhöhte die Mission ihre Gesamt-Truppenstärke, um die Soforthilfe-, Wiederaufbau- und Stabilisierungsmaßnahmen zu unterstützen. Die Mission gewährt der Regierung Haitis logistische Unterstützung und stellt technische Kompetenz für

die Fortführung der Regierungsaufgaben bereit. Sie unterstützt sie bei der Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene sowie bei der Umsetzung ihrer Strategie zur Wiederansiedlung der Vertriebenen. Darüber hinaus unterstützt sie die Regierung und den Vorläufigen Wahlrat bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Haiti und koordiniert in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren die internationale Wahlhilfe für Haiti.

62. Bei zwei anderen Missionen stand der Abzug beziehungsweise Abbau im Mittelpunkt der Friedenssicherungsstrategien. So begannen in Tschad Gespräche über die Zukunft der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, nachdem die Regierung ihren Abzug gefordert hatte. Dabei wurde besonders darauf geachtet, auch künftig den Schutz der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu gewährleisten und die Bereitstellung humanitärer Hilfe im östlichen Tschad zu ermöglichen. Der Abbau verlief bislang erfolgreich und sollte planmäßig bis zum 31. Dezember 2010 abgeschlossen sein.

63. Eine neue Phase begann in der Demokratischen Republik Kongo mit der Überführung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo in die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, die sich an die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Vereinten Nationen anschloss, der zufolge ein Abbau schrittweise und auf der Grundlage einer gemeinsamen Bewertung der Verhältnisse vor Ort stattfinden soll. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit im Osten des Landes setzte die Mission zwischenzeitlich ihre Anstrengungen fort, Zivilpersonen zu schützen und die Umsetzung nationaler Pläne zum Umgang mit der Präsenz bewaffneter Gruppen zu unterstützen. Diese Anstrengungen sind an eine strenge Konditionalitätspolitik in Bezug auf das Verhalten der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo auf dem Gebiet der Menschenrechte gebunden. Maßnahmen zur Stabilisierung und zur Stärkung der Lenkungsstrukturen, namentlich des Sicherheitssektors, wurden ebenfalls weitergeführt.

64. Während des vergangenen Jahres gab der weit verbreitete oder systematische Einsatz sexueller Gewalt gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten als Kriegstaktik Anlass zu großer Besorgnis. Der erste Bericht des Generalsekretärs zu dem Thema (S/2009/362) stützte sich in erster Linie auf Berichte von Friedenssicherungsmissionen und zeigte erhebliche Lücken bei den Kapazitäten inländischer Sicherheits- und Justizsysteme zur Bekämpfung der Straflosigkeit sowie Defizite bei der Bereitstellung von Diensten für die Überlebenden auf. Zu den Hauptempfehlungen des Generalsekretärs gehörte die Ernennung einer hochrangigen Persönlichkeit mit der Aufgabe, die Maßnahmen zur Verhütung von sexueller Gewalt in Postkonflikt- und Konfliktsituationen und zur Reaktion darauf über das gesamte System der Vereinten Nationen hinweg zu koordinieren. Später ernannte der Generalsekretär eine Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten.

65. Im Rahmen einer umfassenderen Strategie zur Ermächtigung der Frauen hat der Generalsekretär die Mitgliedstaaten dazu angehalten, mehr weibliche Friedenssicherungskräfte bereitzustellen. Die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hat Gleichstellungsleitlinien für Friedenssoldaten und eine Strategie für die Schulung in geschlechtsspezifischen Fragen erarbeitet.

66. Den anhaltend umfangreichen Entsendungen von Friedenssicherungspersonal sowie der Vielfalt und Komplexität der Missionsmandate stehen keine entsprechenden Kapazitäten gegenüber. In letzter Zeit ist die Umsetzung der vom Rat erteilten Mandate bei mehreren Einsätzen durch Meinungsverschiedenheiten im Sicherheitsrat und bei anderen Interessenträgern über die politische Strategie für Missionen und durch mangelndes Einverständnis der Gastregierungen behindert worden. Die gestiegenen Anforderungen machen die Grenzen der grundlegenden Systeme, Strukturen und Instrumentarien der Organisation

deutlich, die mit der Größe, dem Tempo und den komplexen Aufgaben der heutigen Missionen nicht Schritt halten können.

67. Unter dem Motto „Neuer Horizont“ hat das Sekretariat im vergangenen Jahr gemeinsam mit den Mitgliedstaaten intensiv daran gearbeitet, diese Herausforderungen zu untersuchen und Empfehlungen zu ihrer Bewältigung abzugeben. Diese Agenda erhielt bei einer Reihe von Beratungen im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung breite Unterstützung. Konsequente Unterstützung durch die Mitgliedstaaten für ihre weitere Umsetzung ist unverzichtbar, wenn die Vereinten Nationen in Zukunft stärkere Friedenssicherungskapazitäten bereitstellen sollen.

3. Friedenskonsolidierung

68. Während des vergangenen Jahres gewannen die Anstrengungen der Vereinten Nationen im Bereich Friedenskonsolidierung mit der Umsetzung zahlreicher wichtiger Empfehlungen aus dem Bericht des Generalsekretärs über Friedenskonsolidierung in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit (A/63/88-S/2009/304) an Dynamik. So etwa gab es Fortschritte bei der Entsendung von Führungsteams ins Feld, bei der Entwicklung und Umsetzung integrierter Strategierahmen für die Friedenskonsolidierung an bestimmten Felddienstorten sowie bei der Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Weltbank.

69. Das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung leitete eine globale Überprüfung der internationalen zivilen Kapazitäten ein, bei der untersucht werden soll, wie das internationale System hartnäckige Defizite bei den Standards, der Ausbildung und der raschen Entsendung ziviler Friedenskonsolidierungskapazitäten überwinden kann.

70. Der Sicherheitsrat hat den Generalsekretär ersucht, einen Bericht über die Beteiligung von Frauen an der Friedenskonsolidierung vorzulegen, in dem die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen analysiert und Empfehlungen abgegeben werden sollen, wie diesen bei der Planung und Finanzierung der Friedenskonsolidierung voll Rechnung getragen werden kann.

71. Die Kommission für Friedenskonsolidierung hat sich mit Hilfe durch das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung und der integrierten Friedenskonsolidierungsmissionen weiter mit den vier Ländern auf ihrer Tagesordnung befasst. Während des vergangenen Jahres hat sie ihre Arbeitsmethoden verbessert und ihre Partnerschaften mit den internationalen Finanzinstitutionen, mit regionalen und subregionalen Organisationen und mit den nationalen Akteuren in den Ländern auf ihrer Tagesordnung gestärkt.

72. Der Friedenskonsolidierungsfonds hat für immer mehr und unterschiedlichere Postkonfliktländer finanzielle Hilfe bereitgestellt. Mit Stand vom 28. Februar 2010 hatte der Fonds, dessen Einlagen mehr als 334 Millionen Dollar betragen, bereits über 196 Millionen Dollar für insgesamt 115 Projekte in 16 Ländern veranschlagt.

73. Im Februar 2010 begann die fünfjährige Überprüfung der Architektur für die Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen. Der Überprüfungsprozess 2010 bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, das politische Bekenntnis zu der Rolle der Kommission zu bekräftigen und zu vertiefen und zu erkunden, wie ihr volles Potenzial ausgeschöpft werden kann.

C. Humanitäre Angelegenheiten

74. Die während des Berichtszeitraums aufgetretenen humanitären Herausforderungen, unter anderem bedingt durch den Klimawandel, die Nahrungsmittel- und die Finanzkrise, Ressourcenknappheit, das Bevölkerungswachstum und die Verstädterung, brachten einen

Anstieg der Gefährdungen und der humanitären Bedürfnisse in aller Welt mit sich. Außerdem wurde auch dieses Jahr durch Katastrophen im Zusammenhang mit Naturgefahren und eine Eskalation bewaffneter Konflikte geprägt.

75. In 43 neuen Notsituationen – 33 Naturkatastrophen, 9 bewaffneten Konflikten und einer Epidemie – ergriff das System der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit anderen Partnern Maßnahmen zur Unterstützung der jeweiligen Regierung. Nach Regionen entfielen 15 dieser Notsituationen auf Afrika, 14 auf Asien und den Pazifik, 8 auf Lateinamerika und die Karibik und 6 auf Zentralasien. Im Vergleich zum Vorjahr waren Afrika sowie Asien und der pazifische Raum stärker, Europa und Zentralasien hingegen geringer betroffen.

76. In Lateinamerika und der Karibik wurde das System der Vereinten Nationen nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar in Haiti zu Hilfe gerufen. Innerhalb von 36 Stunden entsandten die Vereinten Nationen Mitarbeiter zur Koordinierung und Integration der Notfallmaßnahmen, da das Führungsteam der VN-Mission in Haiti ums Leben gekommen war.

77. Im März 2010 richteten die Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung Haitis mit Unterstützung Brasiliens, der Europäischen Union, Frankreichs, Kanadas und Spaniens in New York auf Ministerebene die Internationale Geberkonferenz „Eine neue Zukunft für Haiti“ aus. Auf der Konferenz ging es darum, internationale Unterstützung für die Entwicklungsbedürfnisse Haitis zu mobilisieren, um so die Grundlagen für den langfristigen Wiederaufbau des Landes zu schaffen. Um Haiti auf diesen Weg zu bringen, sagten Mitgliedstaaten und internationale Partner für die folgenden 18 Monate 5,3 Milliarden Dollar zu.

78. Ende Mai 2010 hatten fast alle als bedürftig eingestuft Menschen Material für Notunterkünfte erhalten, und auf den mit 1,5 Milliarden Dollar angesetzten revidierten humanitären Appell für laufende humanitäre Maßnahmen waren 878 Millionen Dollar eingegangen, was 58 Prozent der geforderten Mittel entspricht.

79. Über die Soforthilfe und die bereits beschriebene, von der MINUSTAH mandatsgemäß gewährte Unterstützung hinaus hilft das System der Vereinten Nationen auch bei den Nachsorgemaßnahmen der Regierung Haitis, so etwa durch die Bereitstellung von Unterkünften, die Verfügbarmachung von Barmitteln für zu verrichtende Arbeiten, die Räumung von Trümmern, die Unterstützung der Wiederaufbaumaßnahmen und auf breiterer Ebene durch den Ausbau der Kapazitäten der Regierung zur Bereitstellung einer Grundversorgung. Die Ereignisse in Haiti haben wieder einmal gezeigt, wie wichtig Katastrophenmanagement und Risikominderung sind – Kompetenzbereiche, die die Organisation weiterentwickeln und ausbauen muss.

80. Die Vereinten Nationen sind der Herausforderung, den Haitianern bei der Bewältigung der Katastrophe zu helfen, zwar gerecht geworden, doch ist dies kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Es bleibt noch viel zu tun, und die Organisation und ihre Mitgliedstaaten müssen sich verstärkt um die Einhaltung der Zusagen bemühen, die sie der Regierung und dem Volk Haitis gegeben haben.

81. Im Berichtszeitraum führten Anschläge auf humanitäre Helfer außerdem zur Einschränkung des humanitären Handlungsspielraums. In Afghanistan, Pakistan, Somalia, Tschad, der Demokratischen Republik Kongo und Sudan stieg die Zahl der Mitarbeiter, die getötet oder entführt oder auf die Anschläge verübt wurden. Wegen der gegen sie gerichteten Angriffe und Drohungen sahen sich die Vereinten Nationen gezwungen, Sicherheitsvorkehrungen zu überprüfen und anzupassen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Risiken durch eine geänderte Form der Programmdurchführung zu verringern. Gleichzeitig arbeitet die Organisation daran, in verschiedenen Konfliktsituationen besseren Zugang für humani-

täre Akteure und die Achtung humanitärer Grundsätze sicherzustellen. Informationsarbeit hilft, Aufmerksamkeit auf nicht beachtete Notsituationen zu lenken und dringend benötigte politische und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren.

82. Dank eines enger koordinierten und bedarfsorientierten Systems der Finanzierung humanitärer Einsätze erreichten die konsolidierten humanitären Appelle und Blitzappelle im vergangenen Jahr weltweit einen Wert von rund 10 Milliarden Dollar, wovon 71 Prozent finanziert wurden. Damit haben sich die Zahlen gegenüber 2007 nahezu verdoppelt (7,1 Milliarden Dollar angefordert, 71 Prozent finanziert) und gegenüber 2004 verdreifacht (3,4 Milliarden Dollar angefordert, 64 Prozent finanziert). Die Mittelausstattung des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen ging zwar von 453 Millionen Dollar im Jahr 2008 auf 401 Millionen Dollar im Jahr 2009 zurück, doch erhöhten 23 Mitgliedstaaten ihre Beiträge in der jeweiligen Landeswährung. Die Zahl der zu dem Fonds beitragenden Mitgliedstaaten stieg 2009 um weitere 17 auf insgesamt 117. Auch die für Gemeinschaftsfonds auf Landesebene bereitgestellten Mittel sanken von 407 Millionen Dollar im Jahr 2008 auf 339 Millionen Dollar im Jahr 2009, während es mit der Einrichtung von 5 Fonds für die Reaktion auf Notsituationen in neuen Ländern nun insgesamt 18 solcher Fonds gibt. Dass weniger Mittel bereitgestellt wurden, war im Wesentlichen auf weltweite Währungsschwankungen zurückzuführen. Die Vereinten Nationen bitten die Mitgliedstaaten, den wechsellkursbereinigten Durchschnittsbeitrag zu den jeweiligen Fonds zu erhöhen. Die Bereitstellung von Mitteln für das System zur Koordinierung humanitärer Maßnahmen und für die gemeinsamen Planungsprozesse, einschließlich der Finanzierung, stagnierte und hielt nicht mit der Bedarfsentwicklung Schritt.

83. Verstärkte Aufmerksamkeit galt der Rechenschaftspflicht für die Fonds, einschließlich der Erarbeitung des Entwurfs eines Rahmens für die Ergebnismessung und die Rechenschaftslegung für den Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen. Bei den Gemeinschaftsfonds auf Landesebene wurden insbesondere in Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, Irak, Somalia und dem besetzten palästinensischen Gebiet weitere Fortschritte bei der Stärkung der Überwachungssysteme erzielt.

84. Die Vereinten Nationen setzten Schwerpunkte bei der Förderung von drei Politikbereichen. Erstens traten sie zusammen mit humanitären Partnern erfolgreich dafür ein, die Minderung des Katastrophenrisikos und die Katastrophenvorsorge systematisch in die Gespräche über den Klimawandel einzubeziehen. Zweitens unterstützten sie die neue informelle Sachverständigengruppe des Sicherheitsrats für den Schutz von Zivilpersonen bei der Erarbeitung eines stärker grundsatzorientierten, transparenteren und systematischeren Vorgehens in Schutzfragen. Drittens wirkten sie darauf hin, durch die Bereitstellung technischer Unterstützung bei der Erarbeitung von Gleichstellungsprogrammen die Geschlechterperspektive fester in humanitären Maßnahmen, der Eventualplanung und der Planung integrierter Missionen zu verankern.

D. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung sowie Demokratie und gute Regierungsführung

85. Der Schutz der Menschenrechte, die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, die Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung sowie Demokratie und gute Regierungsführung sind Voraussetzungen für die Förderung des menschlichen Wohlergehens und die Herbeiführung einer stabilen politischen Ordnung. Diese Elemente bilden die Grundlage für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Ohne sie kommt es zu Gewalt, Korruption, Ungerechtigkeit und Konflikten, die Instabilität, Unsicherheit und ge-

sellschaftliche Zersplitterung verursachen. Deshalb lassen die Vereinten Nationen in ihrem Engagement nicht nach, diese Elemente durch ihre Arbeit in der gesamten Welt zu fördern.

1. Menschenrechte

86. Im vergangenen Jahr sahen die Vereinten Nationen, wie die bestehenden globalen Herausforderungen, so etwa die Wirtschafts- und die Nahrungsmittelkrise und der Klimawandel, den Status der Menschenrechte beeinträchtigten. Dabei gaben vermehrte Fälle von Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung von Nicht-Staatsangehörigen sowie der Umstand, dass Menschenrechtsverletzungen nach wie vor straflos bleiben, besonderen Anlass zu Besorgnis.

87. Das System der Vereinten Nationen wirkte daraufhin verstärkt auf die Mitgliedstaaten ein, die Menschenrechte in ihre Entwicklungsmaßnahmen einzubeziehen. So richtete die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen einen ständigen Mechanismus ein, um das System der Vereinten Nationen am Amtssitz und im Feld bei der durchgängigen Integration der Menschenrechte in die Politikentwicklung und die operativen Tätigkeiten zu unterstützen.

88. Die Vereinten Nationen nahmen außerdem den 30. Jahrestag des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, den 20. Jahrestag des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und den 20. Jahrestag der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zum Anlass, die internationale Gemeinschaft daran zu erinnern, dass zum Schutz der anfälligsten Gruppen, insbesondere Frauen und Kinder, Migranten, Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Asylsuchende, entschiedenes Handeln erforderlich ist. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Durban-Überprüfungskonferenz im April 2009 leiteten sie praktische Schritte ein, um die in dem Ergebnisdokument ausgedrückten Bestrebungen zu verwirklichen.

89. Dank der verstärkten Präsenz von Menschenrechtssachverständigen im Feld waren die Vereinten Nationen besser in der Lage, den Regierungen und sonstigen Partnern bei der Bewältigung anhaltender Menschenrechtsprobleme zu helfen. Menschenrechtsreferenten unterstützten die Ermittlungsmission des Menschenrechtsrats in Gaza und die Untersuchungskommission, die der Generalsekretär nach den Gewaltausbrüchen vom 28. September 2009 in Conakry für Guinea bildete. Darüber hinaus unterstützten sie in zahlreichen Ländern der Welt Prozesse der Unrechtsaufarbeitung. Das System der Vereinten Nationen überwachte außerdem weiter, wie in den Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) des Sicherheitsrats gefordert, die Situation der von einem Konflikt betroffenen Kinder.

90. Der Generalsekretär hofft aufrichtig, dass sich die Erörterungen bei der für 2010-2011 geplanten Überprüfung des Menschenrechtsrats darauf konzentrieren werden, die Errungenschaften des Rates, wie den Mechanismus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung, weiter auszubauen. Der Rat kann und muss mehr tun, um ernste und chronische Menschenrechtssituationen anzugehen und auf entstehende Krisen zu reagieren. Er sollte auch seine Interaktion mit den unabhängigen Experten, den Mandatsträgern der Sonderverfahren des Rates, verstärken.

91. Im Vorfeld der Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele im September muss die internationale Gemeinschaft bestrebt sein, die zur Unterstützung der Ziele erzeugte Dynamik zu nutzen, um das der Millenniums-Erklärung zugrundeliegende Bekenntnis zu den Menschenrechten zu stärken.

2. Rechtsstaatlichkeit

92. Viele der armen und marginalisierten Gruppen der Welt kommen nicht in den Genuss des Schutzes, den die Rechtsstaatlichkeit bietet. Dies gilt insbesondere für die unverhältnismäßig hohe Zahl von Frauen, die keinen Rechtszugang haben.

93. In den letzten Jahren haben die Vereinten Nationen versucht, durch die Ausweitung ihrer Programme weltweit gegen dieses Ungleichgewicht anzugehen. Im vergangenen Jahr führte das System der Vereinten Nationen in über 120 Ländern Programme zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch. In 19 dieser Länder sind Friedensmissionen mit einem Mandat des Sicherheitsrats tätig, zu deren Auftrag es gehört, gegen Ausgrenzung anzugehen und für mehr Recht und Sicherheit für alle zu sorgen.

94. Die erste Überprüfungskonferenz des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs hatte eine stärkere Verknüpfung zwischen Frieden, Entwicklung und Recht zum Ergebnis. Mit der Kampala-Erklärung zum Internationalen Strafgerichtshof, den Änderungen des Römischen Statuts und der Vereinbarung über das Verbrechen der Aggression, die im vergangenen Jahr verabschiedet wurden, erhält die internationale Gemeinschaft zusätzliche Werkzeuge im Kampf gegen die Straflosigkeit.

95. Gezielt um die Ermächtigung der Frauen zu fördern, unternahmen die Vereinten Nationen entschiedene Schritte zur Bildung eines Sachverständigenteams nach Resolution 1888 (2009) des Sicherheitsrats, das zur Stärkung der rechtsstaatlichen Reaktion auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten entsandt werden und auf den vorhandenen Maßnahmen der Vereinten Nationen in vielen Konfliktländern aufbauen kann. Auch wurden neue Regeln der Vereinten Nationen zur Behandlung von weiblichen Gefangenen und Straffälligen und überarbeitete Musterstrategien und Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege entwickelt. Darüber hinaus wurden die Mitgliedstaaten im Rahmen einer weltweiten Initiative dazu ermutigt, mehr Frauen zu Polizeikontingenten der Vereinten Nationen zu entsenden und so ihren Anteil bis 2014 von 6,5 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen.

96. Mit Blick auf größere Kohärenz gab die Gruppe für Koordinierung und Ressourcen im Bereich Rechtsstaatlichkeit systemweite Leitlinien zu einem gemeinsamen Konzept der Vereinten Nationen zur Unrechtsaufarbeitung heraus. Dieses orientiert sich an dem Grundsatz der Zentralität der Opfer und am Völkerrecht, berücksichtigt den besonderen Kontext der Situation des Landes, betont die Wichtigkeit, in Friedensabkommen die Straflosigkeit zu bekämpfen und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, und fordert Maßnahmen gegen Verletzungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte.

97. Die Gruppe erstellte auch die Website und das Dokumentenarchiv der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit (<http://www.unrol.org>), eine zentrale Ressource, die mehr als 1.200 Dokumente der Vereinten Nationen leicht zugänglich macht und 42 Einrichtungen der Vereinten Nationen und 126 Partner weltweit verbindet. Beide Initiativen sind Teil umfassenderer Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Bereitstellung strategischerer und wirksamerer Hilfe auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit. Die Mitgliedstaaten und sonstigen Partner werden dazu ermutigt, zwecks erhöhter globaler und landesweiter Koordinierung und Kohärenz in den Bereichen Sicherheit und Recht zusammenzuarbeiten.

3. Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung

98. Das Konzept der Schutzverantwortung gewinnt im System der Vereinten Nationen Auftrieb. Der damit befasste Sonderberater war maßgebend für die Erarbeitung des Berichts des Generalsekretärs über die Umsetzung der Schutzverantwortung (A/63/677, Januar 2009). Zusammen mit dem Sonderberater für die Verhütung von Völkermord führte er in den Monaten vor der dreitägigen Aussprache der Generalversammlung über den Bericht im

Juli breit angelegte Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und sonstigen Interessenträgern. Die überwiegend positive Aussprache führte dazu, dass die Versammlung ihre erste Resolution zu dem Thema (Resolution 63/308) im Konsens verabschiedete.

99. Das Büro des Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord liefert auch weiterhin eine im System der Vereinten Nationen einzigartige analytische Perspektive, schlägt Alarm, wenn dies notwendig ist, und versetzt die Vereinten Nationen vermehrt in die Lage, Völkermord zu verhüten. Im vergangenen Jahr stärkte das Büro sein Informationsmanagementsystem, das die Überwachung der Entwicklungen in allen Ländern erlaubt. Das Büro führte einen Analyserahmen ein, der es ihm gestattet, das Völkermordrisiko in einer gegebenen Situation zu bewerten. Dieser wurde veröffentlicht und von Mitgliedstaaten, Sachverständigen und nichtstaatlichen Organisationen begrüßt. Die Gruppe der Weisen der Afrikanischen Union ersuchte darum, ihn in den Frühwarnmechanismus der Organisation zu integrieren.

100. Das Büro erweiterte außerdem seine Kommunikationsarbeit und seine Maßnahmen zur Steigerung des Problembewusstseins. In dem Bemühen, im gesamten System der Vereinten Nationen und darüber hinaus die Verhütung von Völkermord systematisch zu berücksichtigen und eine Kultur der Prävention zu fördern, nahm es Kontakte mit der Afrikanischen Union, der Organisation der amerikanischen Staaten, einschließlich der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, und der Europäischen Union auf.

101. Weitere Konzept-, Politik- und Umsetzungsarbeit seitens aller Interessenträger ist notwendig.

4. Demokratie und gute Regierungsführung

102. Die Normen der Demokratie durchdringen die Gesamtheit der Vereinten Nationen und werden durch die fortschreitende Annahme internationaler Standards und Praktiken gestärkt. Der Leitfaden des Generalsekretärs zur Demokratieförderung ist mit den darin festgelegten spezifischen Zielen und Leitlinien zum Schlüsseldokument für die Harmonisierung der demokratiefördernden Arbeit der Vereinten Nationen geworden.

103. Schlechte Staatsführung kann sowohl Ursache als auch Folge von Konflikten sein. Schwacher Staatsführung entgegenzutreten, insbesondere durch die Förderung der Ermächtigung und der Partizipation der Frauen, gilt heute allgemein als fester Bestandteil von Entwicklung, Konfliktprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung. Die Förderung guter Staatsführung ist auch in den Mandaten vieler Feldmissionen enthalten und trägt zu einer messbaren Verbesserung der demokratischen Strukturen in ihren Aufnahmeländern bei.

104. Im vergangenen Jahr leisteten die Vereinten Nationen in mehr als 50 Mitgliedstaaten Wahlhilfe. Bei der Friedenssicherung oder im Postkonfliktumfeld, beispielsweise in Afghanistan, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Guinea-Bissau, Haiti, Irak und der Zentralafrikanischen Republik, erfolgte dies durch Komponenten von Feldmissionen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze oder der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten. Technische Hilfe im Entwicklungskontext wurde beispielsweise in Bangladesch, El Salvador, Malawi, Timor-Leste und der Vereinigten Republik Tansania gewährt, und zwar hauptsächlich durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen als Teil seiner Programme zur Förderung demokratischer Regierungsführung. Auch an anderen Orten, an denen Streitigkeiten herrschten, beispielsweise in Kirgisistan und Guinea, trug Wahlhilfe zu dem laufenden Prozess der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung bei, indem sie selbst unter widrigsten Umständen die Einbeziehung aller Seiten und Transparenz zu gewährleisten suchte.

105. Diese Bemühungen untermauerten die Vereinten Nationen durch ihren Demokratiefonds, über den insbesondere an lokale nichtstaatliche Organisationen Zuschüsse vergeben wurden, um die Stimme der Zivilgesellschaft zu stärken, die Menschenrechte zu fördern und Randgruppen zur Beteiligung an demokratischen Prozessen zu ermutigen. Bislang sind über den Fonds Beiträge im Wert von mehr als 105 Millionen Dollar eingegangen und weltweit 271 Projekte unterstützt worden.

Kapitel III

Sicherung der globalen Güter

106. Zu den Prioritäten des Generalsekretärs vom ersten Tag seiner Amtsübernahme an gehörte es, den Klimawandel zu bewältigen, eine globale Gesundheitsagenda voranzutreiben, den Terrorismus zu bekämpfen und Fortschritte bei der Abrüstung und Nichtverbreitung zu erzielen. Diese Probleme haben wichtige gemeinsame Merkmale: Sie können dramatische Auswirkungen auf das menschliche Wohlergehen, auf den Frieden und die Sicherheit haben, sie machen nicht vor Grenzen Halt und treffen Menschen wahllos, sie sind höchst komplex, und zu ihrer Lösung sind sektorübergreifende und koordinierte Maßnahmen eines breiten Spektrums von Akteuren erforderlich. Sie stellen globale Bedrohungen dar, deren Bewältigung im Interesse des globalen Wohls geboten ist. Die Vereinten Nationen, deren Tätigkeit sich über eine breite Vielzahl von Sektoren erstreckt und die über universale Mitgliedschaft verfügen, sind weltweit die einzige Institution, deren Kompetenzbereich, Fachwissen und Legitimität die Entwicklung und Umsetzung wirksamer Politiken zur Bewältigung dieser Probleme gestattet.

A. Klimawandel

107. In der zweiten Jahreshälfte 2009, im Zuge der weltweiten Vorbereitungen auf die Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember in Kopenhagen, gewann das Thema Klimawandel an politischer Dynamik. Im September veranstaltete der Generalsekretär mit 101 Führern der Welt ein Gipfeltreffen über den Klimawandel, das dazu beitrug, das Thema an die Spitze der globalen Agenda zu rücken. Kein Thema ist von grundlegenderer Bedeutung für die langfristige nachhaltige Entwicklung und den Wohlstand, die Energiesicherheit, die Ernährungssicherheit und die internationale Sicherheit.

108. Obschon Kopenhagen nicht alle in der Öffentlichkeit gehegten Erwartungen erfüllte, war es in den globalen Anstrengungen gegenüber der Klimaproblematik doch ein wesentlicher Schritt nach vorn. Es war die bisher größte Begegnung von Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel. Dabei wurden wichtige Fortschritte beim Aufbau eines breiten politischen Konsenses erzielt, der die globalen Verhandlungen beleben kann.

109. Nun geht es darum, im Rahmen des weltweiten, zweigleisigen Verhandlungsprozesses unter dem Dach des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen auf den Teilen des Gipfeltreffens von Kopenhagen aufzubauen, in denen eine Einigung erzielt wurde. Von entscheidender Bedeutung hierfür sind die Stärkung des Vertrauens zwischen den Ländern und die Erhöhung der Transparenz und der Wirksamkeit des Prozesses. Das Endziel ist nach wie vor eine wirksame, ehrgeizige und umfassende globale Übereinkunft, die die Welt auf den Weg zu einer emissionsarmen Entwicklung bringt und hilft, in den Entwicklungsländern ein von sauberer Energie getragenes Wachstum herbeizuführen.

110. Die Entscheidung über den Zeitpunkt und die genaue Form dieser Übereinkunft liegt bei den Regierungen. Mit jedem verstrichenen Jahr erhöht sich das Risiko gefährlicher Klimawirkungen, die Zahl der Opfer und die wirtschaftlichen Verluste.

111. Seit Ende 2009 arbeitet der Generalsekretär eng mit anderen Führern der Welt zusammen, um sicherzustellen, dass die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ein strategisches Gebot bleibt. Er legt den Regierungen nahe, möglichst rasch nationale Zusagen zur Emissionsminimierung abzugeben und auf allen Ebenen ehrgeizige Maßnahmen im Hinblick auf stärkere Minderung und Klimaanpassung zu ergreifen.

112. Darüber hinaus legt der Generalsekretär den Ländern eindringlich nahe, auf den in Kopenhagen erzielten Fortschritten zu einem Rahmen für die Anpassung an den Klimawandel, eine Vereinbarung zur Verringerung der Entwaldung und der Walddegradation, ein System zur Messung, Berichterstattung über und Verifizierung von Minderungsmaßnahmen und für Finanzmittel, die Entwicklung und den Transfer von Technologien und die kurz- und langfristige Finanzierung aufzubauen. Die Vereinten Nationen werden die Regierungen in allen diesen Bereichen nach Bedarf weiter unterstützen.

113. Um schnelleren Fortgang zu ermöglichen, setzte der Generalsekretär eine Hochrangige Beratergruppe zur Frage der Finanzierung des Klimawandels ein, die mögliche Finanzierungsquellen zur Unterstützung klimabezogenen Handelns in den Entwicklungsländern erschließen soll. Er wird außerdem eine Hochrangige Gruppe für globale Nachhaltigkeit einsetzen, die sich mit den Verbindungen zwischen Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung befassen soll.

114. Vor uns liegt noch viel Arbeit. Die globalen Treibhausgasemissionen nehmen weiter zu, und die Klimawirkungen treffen Millionen Menschen weltweit, insbesondere die Schwächsten. Aus diesem Grund ist das System der Vereinten Nationen entschlossen, den Regierungen bei der Durchführung bestehender und künftiger Vereinbarungen zum Klimawandel zu helfen und weltweit „grünen Wohlstand“ zu schaffen. Das System der Vereinten Nationen wird weiter Sachverstand und Hilfe im Kontext der nachhaltigen Entwicklung bereitstellen, so auch in klimarelevanten Kernsektoren wie Energie, Wasser, Ernährungssicherheit und der Verringerung des Katastrophenrisikos. Durch die Bewältigung des Klimawandels kann die Welt zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen und den Weg in eine sicherere, gesündere, sauberere und wohlhabendere Zukunft für alle eröffnen.

B. Globale Gesundheit

115. Es ist klar erwiesen, wie wichtig die Gesundheit für wirtschaftliche Produktivität, soziale Stabilität und Sicherheit und Armutsminderung ist. Im vergangenen Jahr forderte der Generalsekretär einen erneuten Vorstoß zur Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniums-Entwicklungsziele, die so eindeutig die Grundlage für Fortschritte auf anderen Gebieten sind.

116. Die Schwerpunktsetzung bei Ergebnissen hat zu Innovationen geführt, nicht nur in Bezug auf Arzneimittel und Impfstoffe, sondern auch in Bezug auf Wege des Handelns und der Mittelbeschaffung, sowie auf die Beachtung von Messungen und Festlegung von Prioritäten. Durch den Aufbau neuer Partnerschaften konnten beeindruckende Ergebnisse erzielt werden, insbesondere auf dem Gebiet der Immunisierung und bei der Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria.

117. An der Influenza-A/H1N1-Pandemie des vergangenen Jahres zeigte sich wieder einmal, wie schnell sich neue Krankheitserreger ausbreiten können, und auch, dass die von der Weltgesundheitsorganisation erlassenen Internationalen Gesundheitsvorschriften wirksam sind.

118. Immer noch sterben an Malaria jedes Jahr mehr als 800.000 Menschen, zumeist Kinder unter fünf Jahren und Schwangere. Trotzdem wurden in kurzer Zeit gewaltige Fortschritte erzielt: Zum Beispiel wurden im Zweijahreszeitraum 2008-2009 mehr als 150 Millionen imprägnierter Moskitonetze nach Afrika geliefert, und in neun Ländern ging die Kindersterblichkeit um mehr als 50 Prozent zurück.

119. Bei der Aids-Bekämpfung wurden messbare Fortschritte erzielt. Seit 2001 ist die weltweite Neuinfektionsrate um 17 Prozent gesunken. Gleichzeitig hat sich die Zahl der

Menschen mit Zugang zu HIV-Behandlung in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in nur fünf Jahren verzehnfacht, und Ende 2008 erhielten 4 Millionen Menschen eine antiretrovirale Therapie. Heute stehen Instrumente und Techniken zur Verfügung, mit denen die Mutter-Kind-Übertragung des HIV praktisch ausgeschlossen werden kann. Am Beispiel mehrerer Länder, die jahrzehntealte Reisebeschränkungen für Menschen mit HIV aufgehoben haben, zeigt sich das stärkere Vorgehen gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von HIV-Infizierten.

120. Die weltweiten Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids müssen wirksamer darauf ausgerichtet werden, den Gesundheitsbedürfnissen von Frauen gerecht zu werden. Aids ist weltweit nach wie vor die häufigste Todesursache bei Frauen im gebärfähigen Alter. Insgesamt 15,7 Millionen Frauen leben mit HIV. Engpässe bei der öffentlichen Finanzierung bedrohen die Fortschritte, die dabei erzielt wurden, der Ausbreitung der Epidemie Einhalt zu gebieten und das Leben der Infizierten zu retten. Vier von fünf Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden das Ziel des allgemeinen Zugangs nach dem derzeitigen Stand nicht erreichen.

121. Bei der Gesundheit von Müttern, dem entscheidenden Indikator für die Gesundheit und den Wohlstand einer Nation, hat die Welt unannehmbar langsame Fortschritte erzielt. Da Hunderttausende Frauen und Mädchen jedes Jahr während der Schwangerschaft oder der Geburt sterben und weitere 10 bis 15 Millionen langfristige Behinderungen davontragen, hat der Generalsekretär offiziell zu einem weltweiten Vorstoß zugunsten der Gesundheit von Frauen und Kindern aufgerufen. Dieser Vorstoß soll auf bestehenden Zusagen aufbauen und sie neu beleben, eine Vielfalt einflussreicher Partner zu neuen Zusagen bewegen und die Organisation und die Rechenschaftspflicht für die Leistungserbringung auf den höchsten Ebenen ansiedeln.

122. Über die Millenniums-Entwicklungsziele hinaus sind die Vereinten Nationen der Ausrottung des Guineawurms erheblich näher gekommen. Auch der Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten, wie Krebs, Herzerkrankungen, Diabetes und Schlaganfall, gilt jetzt verstärkte Aufmerksamkeit.

123. Doch trotz aller Fortschritte sind auf dem Weg zu besserer Gesundheit noch große Hürden zu nehmen. Dies ist zum großen Teil auf unzulängliche Gesundheitssysteme, Bedrohungen der gesundheitlichen Sicherheit durch Grippepandemien und andere neu auftretende Krankheiten sowie auf enorme Ungleichgewichte zurückzuführen, an denen deutlich wird, dass keine ausreichenden Ressourcen für die gesundheitliche Versorgung der Armen und der Frauen und Kinder zugewiesen werden. So sind die Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs zu Behandlungsmöglichkeiten für die zwei häufigsten Todesursachen bei Kindern – Durchfall und Lungenentzündung – vergleichsweise gering. In Anbetracht der strategischen Rolle der Vereinten Nationen bei der Gestaltung der Zukunft der globalen Gesundheit müssen sie gezielt ausgewogenen Zugang zu Gesundheitssystemen unterstützen, die innerhalb eines kohärenten Politikrahmens hochwertige Leistungen erbringen.

124. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Aufstellung kohärenter nationaler Gesundheitspolitiken, -strategien und -pläne durch die Länder und deren dem Umfang der nationalen und globalen Gesundheitsprobleme entsprechende Umsetzung zu unterstützen. Die Vereinten Nationen werden dabei weiter eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie Kampagnen durchführen, Leitlinien erarbeiten und die Länder bei der Entwicklung innovativer Modelle zur Erreichung der Hilfebedürftigen unterstützen.

C. Bekämpfung des Terrorismus

125. Der Terrorismus stellt eine erhebliche Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar, die eine entschiedene und abgestimmte globale Antwort erfordert. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, die Ressourcen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus zu mobilisieren, wofür der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung der Vereinten Nationen einen Schlüsselmechanismus bietet.

126. Der Arbeitsstab hat, um die Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen, Initiativen eingeleitet und spezifische Empfehlungen und Unterstützungsaktivitäten entwickelt sowie Berichte über die Unterstützung der Terrorismusopfer, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die Bekämpfung der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke und über öffentlich-private Partnerschaften zum Schutz gefährdeter Ziele verfasst. Zusammen mit dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien ist der Arbeitsstab den Mitgliedstaaten in der Region dabei behilflich, einen Aktionsplan zur Strategieumsetzung zu erarbeiten, der insbesondere darauf gerichtet ist, gegen Bedingungen vorzugehen, die dem Terrorismus förderlich sind. Der Arbeitsstab hat außerdem die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (INTERPOL) bei der Schaffung eines Referenzzentrums für gefährdete Ziele sowie eines Informationssystems unterstützt, das einen besseren Informationsaustausch und die Koordinierung technischer Hilfeleistungen erleichtern soll.

127. Die Terrorismusbekämpfung muss systematisch in die umfassendere Agenda des Weltfriedens, der internationalen Sicherheit und der internationalen Entwicklung integriert werden und mit den Menschenrechten, dem humanitären Recht und dem Flüchtlingsrecht im Einklang stehen. In diesem Geist und nach Verabschiedung der Resolution 1904 (2009) des Sicherheitsrats über das Sanktionsregime gegen Al-Qaida, Osama bin Laden und die Taliban ernannte der Generalsekretär am 14. Juli 2010 eine Ombudsperson mit dem Auftrag, Anträge von Personen und Einrichtungen auf Streichung von der Konsolidierten Liste zu prüfen.

128. Die Unterstützung der Mitgliedstaaten wird für die weitere Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus unverzichtbar sein.

D. Abrüstung und Nichtverbreitung

129. Das Jahr 2010 erweist sich als entscheidend für die Bestimmung des Kurses, den die Bemühungen um Abrüstung und Nichtverbreitung nehmen werden. Die internationale Gemeinschaft hat einige nennenswerte Fortschritte erzielt, insbesondere auf nuklearem Gebiet. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Unterzeichnung des Vertrags über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen zwischen den USA und Russland durch Präsident Dmitri Medwedew und Präsident Barack Obama am 8. April 2010, die Erklärungen der USA und Großbritanniens über den Umfang ihrer Kernwaffenbestände und der erfolgreiche Ausgang der Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) im Jahr 2010. Auf dieser Konferenz wurde ein Aktionsplan zur Förderung der nuklearen Abrüstung, der Nichtverbreitung und der friedlichen Nutzung der Kernenergie während der nächsten fünf Jahre verabschiedet. Mit der Einigung über zukunftsweisende Maßnahmen endet ein jahrelanger Zeitraum nachlassenden Vertrauens in das Vertragsregime. Der Generalsekretär begrüßte insbesondere die Einigung über einen Prozess, der zur vollen Durchführung der Resolution von 1995 über die Schaffung einer von Massenvernichtungswaffen freien Nahostregion führen soll. Darüber hinaus wurde im Schlussdokument der NVV-

Überprüfungskonferenz Kenntnis vom Aktionsplan des Generalsekretärs für nukleare Abrüstung genommen und auf die darin genannten Fortschrittskriterien eingegangen.

130. Weniger positiv war hingegen, dass die Abrüstungskonferenz keine Fortschritte in Sachfragen erzielen konnte. Ebenso wenig gab es Fortschritte in Bezug auf die friedliche, auf dem Verhandlungswege im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche herbeigeführte Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

131. Auch das Nuklearprogramm der Islamischen Republik Iran ist eine Frage, die nach wie vor Anlass zu Besorgnis gibt.

132. Es ist klar, dass mehr getan werden muss. Nachdem die Überprüfungskonferenz 2010 erfolgreich abgeschlossen wurde, müssen die Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die zuständigen Organisationen jetzt mit der Umsetzung des Aktionsplans beginnen. Es muss verstärkt darauf gedrungen werden, eine kernwaffenfreie Zone im Nahen Osten zu errichten. Dem Vertrag muss weltweite Geltung verschafft werden. Im Aktionsplan wird dem Generalsekretär konkret das Mandat erteilt, am Rande der Generalversammlung eine Tagung auf hoher Ebene einzuberufen, um der Abrüstungskonferenz neuen Auftrieb zu geben.

133. Die Abrüstungskonferenz muss sofort mit der Arbeit beginnen, insbesondere um Verhandlungen aufzunehmen und eine inhaltliche Debatte über die wichtigsten Sachfragen zu führen. Neuerliche Anstrengungen sind ferner erforderlich, damit der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen rasch in Kraft treten kann, und das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen muss gestärkt werden.

134. Auf dem Gebiet der konventionellen Waffen waren einige vielversprechende Entwicklungen zu verzeichnen. 2010 trat das Übereinkommen über Streumunition in Kraft. Die Vereinten Nationen werden weiterhin aktiv an allen Aspekten der Antiminenprogramme mitwirken und sind fest entschlossen, die Durchführung und weltweite Geltung der wichtigsten humanitären Verträge, namentlich des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen, des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen und des Übereinkommens über Streumunition, auch künftig zu unterstützen und gleichzeitig eine Stärkung der Synergien zwischen ihnen anzustreben.

135. Ein wichtiges Ereignis des Jahres 2010 war die Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu einem Vertrag über den Waffenhandel, die 2012 abgeschlossen werden sollen. Die Mitgliedstaaten müssen einen starken und robusten Vertrag ausarbeiten, der die negativen Auswirkungen unregulierter Waffentransfers auf die regionale Stabilität, die Entwicklung und die Menschenrechte eindämmt.

136. Die übermäßige Anhäufung und leichte Verfügbarkeit von Kleinwaffen und leichten Waffen in Gebieten, die von Konflikten und Kriminalität betroffen sind, geben Anlass zu anhaltender Besorgnis. Die kürzlich von der Generalversammlung eingeleitete Initiative, sich stärker mit der breiteren Frage der bewaffneten Gewalt zu befassen, so auch mit der Frage, wie diese die Entwicklung untergräbt, stellt eine vielversprechende Entwicklung dar.

137. Der Generalsekretär hat den engen Zusammenhang zwischen der Abrüstung und anderen globalen Aufgaben herausgestellt, indem er betonte, dass die Welt überbewaffnet und die Entwicklung unterfinanziert sei. Die Organisation wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten wirksame Abrüstungs- und Nichtverbreitungsnormen beibehalten und ihnen neue Impulse verleihen, um für Stabilität und Sicherheit zu sorgen und die für die Bekämpfung des Klimawandels und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele benötigten Ressourcen freizusetzen.

Kapitel IV

Stärkung der Vereinten Nationen

138. Wirksame Maßnahmen der Vereinten Nationen in einem breiten Spektrum von Sachgebieten sind unerlässlich, wenn die Organisation ihr langfristiges Ziel erreichen will, Hilfe für diejenigen zu erbringen, die sie am meisten benötigen, und den neuen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, denen sich die internationale Gemeinschaft gegenüber sieht. Die Organisation muss sich ausdrücklich bemühen, Schritte zur Modernisierung ihrer Prozesse zu unternehmen, kostenwirksame Maßnahmen einzuführen und herausragende Leistungen sowie Erfolge zu belohnen. Sie muss außerdem darauf hinwirken, dass die Bestandteile der Organisation und des Systems der Vereinten Nationen gut zusammenarbeiten und dabei ihre jeweiligen Stärken zum Tragen bringen. Überdies wird die Zukunft der Organisation zum Teil davon abhängen, wie es ihr gelingt, solide Arbeitsbeziehungen zu verschiedenen Interessengruppen zu knüpfen, darunter zu den Regionalorganisationen und der Zivilgesellschaft. Aus diesem Grund sind Kontaktarbeit und der Aufbau von Partnerschaften ein wichtiges Element der Tätigkeit der Organisation.

A. Das Sekretariat, der zwischenstaatliche Apparat, systemweite Kohärenz und Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen

139. Um die Organisation zu stärken, hat der Generalsekretär eine Reihe wichtiger Veränderungen in der Personalpolitik, der Haushaltsplanung und dem Rahmen für die Rechenschaftslegung angestoßen. So wurden unter anderem verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Ermächtigung der Frauen in der Organisation beschlossen und die Grundlagen für die Errichtung einer neuen Institution für Frauen- und Gleichstellungsfragen geschaffen. Der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat und die Generalversammlung boten wichtige Foren dafür, eine Debatte in Gang zu setzen und einen Konsens über ein breites Spektrum globaler Anliegen herbeizuführen. Wichtige Fortschritte wurden zudem im Hinblick auf die systemweite Kohärenz und die weitere Stärkung der Zusammenarbeit der Organisation mit den Regionalorganisationen erzielt.

1. Das Sekretariat

140. Um Ergebnisse zu erzielen und den Bedürftigsten helfen zu können, muss die Organisation in der Lage sein, Bedienstete rasch und effizient zu rekrutieren und einzusetzen, während die Bediensteten ständig dazulernen und mit ihren Aufgaben wachsen müssen. Mit diesem Ziel setzt der Generalsekretär seine Agenda für die Personalreform weiter um, unter anderem durch die Verringerung der verschiedenen Arten von Anstellungsverträgen von 16 auf 3, die Harmonisierung der Beschäftigungsbedingungen zwischen den Bediensteten im Feld und am Amtssitz und die Einführung eines neuen Systems für das Talentmanagement, mit dem die Rekrutierung, das Leistungsmanagement sowie die Fortbildung und die Laufbahnentwicklung der Bediensteten modernisiert werden sollen.

141. Im Rahmen seiner Anstrengungen zur Stärkung der Organisation hat der Generalsekretär verschiedene Politikmaßnahmen zur Ermächtigung und Förderung der Frauen im Sekretariat beschlossen. Diese Maßnahmen stellen eine Ergänzung der bereits angesprochenen wichtigen Initiativen des Generalsekretärs zur Ermächtigung der Frauen im Kontext von Kriegen und internen Konflikten dar: seines wegweisenden Berichts über sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten (S/2009/362), seiner Ernennung einer Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten und seiner konsequenten Forderung, eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Missbrauch und Gewalt bei Friedenssicherungsmissionen anzuwenden.

142. Der Generalsekretär hat mehr Frauen als je zuvor in der Geschichte der Organisation für Leitungspositionen ernannt, und unter seiner Aufsicht wurden eine Strategie und ein Aktionsplan zugunsten der Geschlechterparität innerhalb des Sekretariats ausgearbeitet, die gewährleisten sollen, dass das Leitungspersonal und die Hauptabteilungen über die im Hinblick auf die ausgewogene Vertretung der Geschlechter gesetzten Ziele Rechenschaft ablegen.

143. Ende 2009 legte der Generalsekretär der Generalversammlung einen umfassenden Vorschlag zur Schaffung einer neuen Institution für Frauen- und Gleichstellungsfragen bei den Vereinten Nationen vor, die die derzeitigen Strukturen festigen und die Vereinten Nationen in die Lage versetzen wird, ihren einzelstaatlichen Partnern bessere und wirksamere Unterstützung zu gewähren. Die Versammlung folgte dem Vorschlag des Generalsekretärs und verabschiedete am 2. Juli 2010 einstimmig die bahnbrechende Resolution 64/289 über systemweite Kohärenz. In der Resolution forderte die Generalversammlung unter anderem die Zusammenführung der vier mit Frauenfragen befassten Komponenten des Systems der Vereinten Nationen in einer kombinierten Institution, der Einheit der Vereinten Nationen für Frauen- und Gleichstellungsfragen, die die Bezeichnung „UN Women“ tragen soll. Außerdem forderte die Versammlung die Ernennung eines Untergeneralsekretärs, der das neue Organ leiten wird, und die Einsetzung eines Exekutivrats, der die operative Tätigkeit der Einheit auf zwischenstaatlicher Ebene unterstützen und sie beaufsichtigen wird. Den Rahmen für die Tätigkeit des neuen Organs wird die auf der Vierten Weltfrauenkonferenz angenommene Aktionsplattform von Beijing bilden.

144. Ein stärker strategisch ausgerichteter und effektiverer Haushalt ist entscheidend dafür, festzulegen, welche Ergebnisse innerhalb eines gegebenen Zeitraums zu erbringen sind, und zu ermitteln, ob die Ziele erreicht wurden oder nicht. Zur Verbesserung der Präsentation des Haushalts führte der Generalsekretär einen Dialog mit den Mitgliedstaaten, bei dem verschiedene Szenarien einer Modifikation der formalen Gestaltung von Haushaltsdokumenten erkundet und mehrere Optionen für die weitere Erörterung aufgezeigt wurden. Dieser wichtige Dialog muss fortgesetzt werden, da das Sekretariat ein Haushaltsverfahren benötigt, das weniger umständlich ist und dem Leitungspersonal größere Flexibilität beim Einsatz der Mittel bietet. Diese Flexibilität sollte mit erhöhter Rechenschaftspflicht einhergehen.

145. Die Leistungserbringung und die Ressourcenverwaltung der Organisation werden sich mit der Reforminitiative „Umoja“ zur Einführung einer organisationsweiten Standardsoftware und der Übernahme der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor enorm verbessern. Umoja wird die Geschäftspraktiken des Sekretariats modernisieren, die Qualifikationen der Bediensteten steigern und ein einheitliches, integriertes Informationssystem bereitstellen. Dadurch wird die Transparenz erhöht und eine verbesserte, an Ziele und an die Ressourcenauslastung geknüpfte Leistungsüberwachung und Ergebnisberichterstattung unterstützt. In Erwartung beträchtlicher jährlicher Kapazitätsverbesserungen und einer Kostendeckung billigte die Generalversammlung den Vorschlag des Generalsekretärs, Umoja zunächst im Pilotversuch einzuführen und damit eine Strategie zu verfolgen, die am schnellsten und kostengünstigsten zur Nutzenrealisierung führen wird.

146. Dank der Fortschritte bei der Durchführung des Sanierungsgesamtplans stehen moderne Einrichtungen zur Verfügung, die der Erbringung von Ergebnissen förderlich sind. Im Berichtszeitraum wurden Büros und Mitarbeiter in einem präzise und effizient ablaufenden Prozess in Ausweichräumlichkeiten verlegt, das Gebäude im Nordgarten wurde eingeweiht, der Umzug des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats wurde erfolgreich abgewickelt, die Bauarbeiten in den Kellergeschossen wurden fortgesetzt und die Renovierungsarbeiten im Sekretariats- und im Konferenzgebäude aufgenommen.

147. Eine effiziente Erbringung von Ergebnissen zugunsten der Bedürftigsten setzt zuallererst voraus, dass wirksame Systeme für die interne Kontrolle bestehen und die Rechenschaftspflicht innerhalb der Organisation sowie zwischen dem Sekretariat und den Mitgliedstaaten gestärkt wird. Mit diesem Ziel stellte der Generalsekretär im Berichtszeitraum die Agenda für die Reform des Beschaffungswesens fertig, indem er Berichte über die Lenkung des Beschaffungswesens und eine nachhaltige Beschaffung vorlegte, die die Generalversammlung auf ihrer fünfundsechzigsten Tagung weiter behandeln wird. Die vorrangigsten Aufgaben des Generalsekretärs für den verbleibenden Teil dieses Jahres und für das nächste Jahr bestehen darin, die persönliche Rechenschaftspflicht zu stärken, eine Kultur des ergebnisorientierten Managements zu fördern, ein proaktives Risikomanagement einzuführen und die Analyse und Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen der Aufsichtsorgane fortzusetzen, um daraus Erkenntnisse für eine fortgesetzte Verbesserung des Managements abzuleiten.

2. Der zwischenstaatliche Apparat

148. Der Sicherheitsrat befasste sich 2010 vor allem mit innerstaatlichen Konflikten, Bedrohungen durch Terrorismus, der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der nuklearen Abrüstung sowie in zunehmendem Maße mit den Folgen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Drogenhandels für die Sicherheit. Der Wirtschafts- und Sozialrat legte bei seiner Arbeit den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele und eine erhöhte Rechenschaftspflicht für die globalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwicklung. Bei seiner jährlichen Überprüfung auf Ministerebene, die unter dem Motto „Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen“ stand, kamen Regierungen, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft im gesamten Jahresverlauf auf einer Reihe von Veranstaltungen zusammen. Die Teilnahme des Generalsekretärs und sein nachdrückliches Eintreten für Frauen und öffentliche Gesundheit stärkten das Bewusstsein des Engagements. Im Mittelpunkt der Tagung 2010 des vom Wirtschafts- und Sozialrat mit einer Vielzahl von Interessenträgern abgehaltenen Forums für Entwicklungszusammenarbeit standen die quantitative und qualitative Steigerung der Entwicklungshilfe und die Kohärenz der Entwicklungspolitik. Der Forumsprozess ermöglichte eine offene Debatte zwischen den Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, Parlamentsabgeordneten und den Kommunen über die Förderung und Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

149. Die Generalversammlung arbeitete intensiv an den Vorbereitungen für ihre Plenartagung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele, die im September am Amtssitz der Vereinten Nationen stattfinden wird. Wichtige Beiträge dazu, wie die Umsetzung der globalen Entwicklungsagenda gestärkt werden kann, ergaben sich aus den Dialogen der Generalversammlung auf hoher Ebene über Wasser und Entwicklungsfinanzierung sowie verschiedenen von der Versammlung einberufenen informellen Treffen mit dem System der Vereinten Nationen, den Hochschulen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor.

150. Der Generalsekretär verstärkte in zahlreichen Begegnungen seine persönlichen Kontakte zu den zwischenstaatlichen Organen. Was die Generalversammlung angeht, so unterrichtete der Generalsekretär die Mitgliedstaaten über Fragen, die von den Treffen der Gruppe der 20 und des Nahost-Quartetts über den Klima-Gipfel von Kopenhagen bis hin zu den Naturkatastrophen in Haiti und Chile reichten.

3. Systemweite Kohärenz

151. Am 2. Juli 2010 verabschiedete die Generalversammlung einstimmig die richtungweisende Resolution 64/289 über die systemweite Kohärenz, mit der ein auf der einundsechzigsten Tagung eingeleiteter umfassender zwischenstaatlicher Prozess zum Abschluss gebracht wurde. In der Resolution beschloss die Versammlung nicht nur die Schaffung ei-

ner kombinierten Institution für Frauen- und Gleichstellungsfragen, sondern verabschiedete auch eine Reihe wichtiger Beschlüsse auf anderen Gebieten des Prozesses der systemweiten Kohärenz. Dazu gehören die Einführung eines neuen Konzepts für die Bestimmung des Umfangs der „kritischen Masse“ der Basisfinanzierung für die Fonds und Programme, die Ausweitung der Beteiligung der politischen Entscheidungsträger der Programmländer an den Sitzungen der Exekutivräte der Fonds und Programme und an dem Teil der Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats, der den operativen Tätigkeiten gewidmet ist, die Verbesserung der Orientierungsangebote für die Delegierten der Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten zu der Rolle und den Verantwortlichkeiten der Leitungsgremien, die Einladung an den Präsidenten und das Präsidium des Rates, informelle Koordinierungssitzungen mit den für operative Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen zuständigen Leitungsgremien einzuberufen, das Ersuchen an den Generalsekretär, unter dem Dach des Rates an die Regierungen in den Programmländern gerichtete regelmäßige Erhebungen über die operativen Entwicklungsaktivitäten zu erarbeiten und in Gang zu bringen, und das Ersuchen an den Generalsekretär, eine umfassende Überprüfung des bestehenden institutionellen Rahmens für die systemweite Evaluierung der operativen Entwicklungsaktivitäten in Auftrag zu geben.

152. In der Resolution billigte die Versammlung einen Mechanismus, der den Programmländern die Möglichkeit bietet, auf freiwilliger Basis ein gemeinsames Landesprogrammdokument vorzulegen, womit ein weiterer bedeutender Schritt hin zur Verbesserung der Kohärenz der Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen getan wurde. Ferner begrüßte die Versammlung die zwischenstaatlichen Tagungen, die die Länder, in denen das Konzept „Einheit in der Aktion“ umgesetzt wird, im Oktober 2009 in Kigali und im Juni 2010 in Hanoi abhielten. In den Ergebnisdokumenten der Tagungen bekräftigten diese Länder den Mehrwert des Konzepts, da es den Regierungen erneut eine Führungsrolle bei den Programmen der Vereinten Nationen zuweise, besser an den nationalen Prioritäten ausgerichtet sei und die Kohärenz und Wirksamkeit der von den Vereinten Nationen gewährten Unterstützung erhöht habe. Darüber hinaus ermutigte die Versammlung den Generalsekretär, die Arbeit an der unabhängigen Evaluierung der Erkenntnisse der Pilotländer, in denen die Initiative durchgeführt wurde, fortzusetzen und der Versammlung auf ihrer sechsundsechzigsten Tagung einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

153. Während des Berichtszeitraums setzte der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen über seine drei Säulen die Förderung eines koordinierten und kollektiven Konzepts für die gemeinsamen Ziele des Systems der Vereinten Nationen fort. Erwähnung verdienen in dieser Hinsicht die Entwicklung eines koordinierten Konzepts des Systems der Vereinten Nationen für den Klimawandel und die Unterstützung für die Länder, die Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen erarbeiten. 2010 entsandten die Vorsitzenden des Hochrangigen Ausschusses für Managementfragen und der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen außerdem gemeinsame hochrangige Missionen in mehrere Länder mit dem Ziel, auf Länderebene bestehende Engpässe bei der Harmonisierung der Geschäftspraktiken zu ermitteln und zu beheben.

4. Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen

154. Die gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen erfordern vielfältige Lösungen, weshalb die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen wesentlicher denn je ist. Die Klausurtagung des Generalsekretärs mit den Leitern regionaler und anderer Organisationen im Januar 2010 bot ein wichtiges Forum für die Erörterung gemeinsamer Strategien zur Verhütung und Beilegung von Konflikten. Die Teilnehmer prüften die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit dem Verband Südostasiatischer

Nationen, der Liga der arabischen Staaten, der Organisation der Islamischen Konferenz und der Karibischen Gemeinschaft zu verstärken.

155. In Afrika galten unsere Anstrengungen der Stärkung unserer Partnerschaft mit der Afrikanischen Union im Rahmen des Zehnjahresprogramms zum Aufbau von Kapazitäten, insbesondere der Stärkung der Kapazitäten des Sekretariats des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union, der Zusammenarbeit bei der Einsetzung der Gruppe Demokratie und Wahlhilfe unter dem Dach der Afrikanischen Union und der Gewährung von Unterstützung bei der Erarbeitung einer Strategie für Vermittlungsbemühungen für Afrika. Das Zusammenwirken der Vereinten Nationen mit der Afrikanischen Union erstreckte sich auch darauf, stärker ins Bewusstsein zu rücken, wie wichtig die Integration der Geschlechterperspektive in die Konfliktbeilegung ist. Um die strategischen Partnerschaften mit der Afrikanischen Union weiter auszubauen, wurde die Präsenz der Organisation in Addis Abeba umstrukturiert. Insbesondere haben die Vereinten Nationen das Büro der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union eingerichtet, das unter der Leitung eines Beigeordneten Generalsekretärs steht. Die Organisation arbeitet nach wie vor eng mit der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten bei der Förderung einer raschen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Guinea und Niger zusammen. Darüber hinaus hat die Organisation mehrere ihrer Bediensteten zum Sekretariat der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika in Gaborone und zur Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten entsandt, die diesen subregionalen Organisationen beim Aufbau von Vermittlungs- und Frühwarnkapazitäten behilflich sein sollen.

156. Die Dialoge auf Arbeitsebene mit der Europäischen Union, der Organisation der amerikanischen Staaten und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden fortgesetzt. Gemeinsam mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde ein Schulungsprogramm zur Konfliktvermittlung durchgeführt. Mit Blick auf die Zukunft wird den Anstrengungen zur Zusammenarbeit mit den zuständigen Regionalorganisationen eine wichtige Rolle dabei zukommen, der Regierung Haitis beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben vom 12. Januar 2010 behilflich zu sein.

B. Globale Handlungspartner

157. Bei unseren Bemühungen um die Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen, insbesondere der Millenniums-Entwicklungsziele, sind die Zivilgesellschaft, die Privatwirtschaft und die Hochschulen maßgebliche Partner. Organisationsweit bilden Partnerschaften einen gemeinsamen und immer ausgefeilteren Mechanismus für die Bewältigung vorrangiger Aufgaben. Im vergangenen Jahr sind die Vereinten Nationen erheblich dabei vorangekommen, die geografische und demografische Vielfalt ihrer Zielgruppen zu erweitern und sich die Beiträge der Zivilgesellschaft zu ihrer Arbeit zunutze zu machen.

1. Stärkung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft

158. Die Organisation unterhält aktiv Kontakte zur Zivilgesellschaft und ermutigt zu einer stärkeren Beteiligung der Bürger an der Formulierung und Umsetzung der internationalen Politik. Sie bedient sich sowohl traditioneller Mittel der Kontaktarbeit als auch innovativerer Verfahren, unter anderem durch den Einsatz neuer Medieninstrumente, die helfen, die nächste Generation von Weltbürgern zu informieren und inspirieren.

159. Im vergangenen Jahr kam es zu einer dynamischen Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen über Klimawandel, Abrüstung und die Ermächtigung der Frauen. Mit vereinten Kräften unterstützte die internationale Gemeinschaft die Kommunikationskampagne „Seal the Deal“ (Schließt den Vertrag ab!), die dazu beitrug, die Weltöffentlichkeit massiv für den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu sensibilisieren. Mehr als 1.300 Menschen, die

55 Länder und 340 nichtstaatliche Organisationen repräsentierten, trafen auf der von der Regierung Mexikos vom 9. bis 11. September in Mexiko-Stadt ausgerichteten 62. jährlichen Konferenz der Hauptabteilung Presse und Information für nichtstaatliche Organisationen zum Thema „Für Frieden und Entwicklung: Abrüstung jetzt!“ zusammen. Nichtstaatliche Organisationen nahmen in Rekordzahl an der vierundfünfzigsten Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau teil, auf der der fünfzehnte Jahrestag der Vierten Weltfrauenkonferenz begangen wurde. Eine Sonderveranstaltung des Wirtschafts- und Sozialrats über intelligente Wohltätigkeit gab einen weiteren Anstoß für das Engagement des Privatsektors, von Stiftungen und der Zivilgesellschaft für die Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frauen.

160. Es ist zu hoffen, dass die Zivilgesellschaft dieselbe Energie, mit der sie an diese Fragen herangegangen ist, auch darauf richtet, dem Gipfel über die Millenniums-Entwicklungsziele im September zu einem erfolgreichen Ergebnis zu verhelfen.

161. Es ist erfreulich festzustellen, dass die Gesamtzahl der mit der Organisation verbundenen nichtstaatlichen Organisationen weiter ansteigt. Dies legt nicht nur den Schluss nahe, dass die Kontakt- und Kommunikationsarbeit der Organisation Wirkung zeigt, sondern auch, was noch wichtiger ist, dass zwischen beiden Akteuren ein wechselseitiges Interesse besteht und dass sie einander achten. Die informierte und aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Arbeit der Vereinten Nationen ist unabdingbar, wenn es darum geht, im Leben einfacher Menschen etwas zu bewirken.

2. Einbindung der Privatwirtschaft

162. Beträchtliche Anstrengungen galten der stärkeren Einbindung der Privatwirtschaft. Die überarbeiteten Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Unternehmenssektor und die Website der Vereinten Nationen für die Partnerschaft mit der Privatwirtschaft stellen Meilensteine dar und sind wesentlich für die Modernisierung der Organisation. Die am 20. November 2009 herausgegebenen Leitlinien bieten den Bediensteten eine Hilfestellung beim Aufbau wirksamer Partnerschaften unter Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit der Organisation. Die am 14. Januar 2010 ans Netz gegangene Website „business.un.org“ ist das erste Online-Portal, über das Unternehmensressourcen den Bedürfnissen der Organisation hinsichtlich humanitärer Krisen oder langfristiger Partnerschaften zugeordnet werden können.

163. Unternehmen leisten wichtige Beiträge zur Förderung der Ziele der Vereinten Nationen. Am 24. und 25. Juni 2010 führte der Generalsekretär den Vorsitz beim dritten Gipfel von Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes, auf dem Hunderte von Unternehmen Arbeiten vorstellten, die der Entwicklung dienen. Auf dem Gipfel wurden zahlreiche zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragende Initiativen auf den Weg gebracht, darunter Grundsätze für die Ermächtigung der Frauen, Leitlinien für die Berichterstattung über die Korruptionsbekämpfung und ein Rahmen für den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt. Zwei im Rahmen des Globalen Paktes bestehende Initiativen „Caring for Climate“, ein Bekenntnis zum Klimaschutz, und „CEO Water Mandate“, ein von Vorstandsvorsitzenden zahlreicher Unternehmen unterstütztes Mandat zur nachhaltigen Wasserwirtschaft, erbringen nach wie vor unternehmerische Lösungsansätze für diese kritischen Bereiche.

164. Auch in Zukunft wird die Förderung unternehmerischer Maßnahmen zur Unterstützung der Ziele der Vereinten Nationen ein vorrangiges Anliegen sein. Die Organisation muss auf diesem Gebiet wesentlich aktiver werden, indem sie ihre Kapazitäten für Partnerschaften mit der Privatwirtschaft weiter aufbaut und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Partnern, namentlich den Unternehmen, der Zivilgesellschaft, den Hochschulen und den Kommunen, ermöglicht.

Kapitel V

Fazit

165. Die Organisation ist mehr als nur eine Ansammlung von Gebäuden, eine Abfolge von Sitzungen, eine Reihe von Berichten und Konsultationen oder gar ein Katalog von Grundsätzen und Programmen. Im Grunde ist sie die Summe ihrer Menschen und der Leidenschaft und des Engagements, die sie für die Tätigkeit der Vereinten Nationen aufbringen.

166. Das vergangene Jahr brachte der Organisation zwar einige bedeutsame Fortschritte und Erfolge, aber auch enorme Verluste für ihre Arbeit und das Leben ihrer Mitarbeiter. Die Vereinten Nationen verloren mehr ihrer engagierten Mitarbeiter als je zuvor in den 65 Jahren ihres Bestehens. Die Verwandten, Freunde und Kollegen derjenigen, die ihr Leben im Dienste der Vereinten Nationen gelassen haben, sollen wissen, dass die Organisation unbeirrt an den Idealen festhalten wird, in deren Dienst sie standen. Ihr Opfer wird nicht in Vergessenheit geraten, und es wird nicht vergebens gewesen sein. Es obliegt nun denen, die zurückbleiben, die Mission der Vereinten Nationen, für die ihre Kollegen ihr Leben gaben, mit unermüdlichem Einsatz neu zu beleben und zu unterstützen.

Anhang

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2010: statistische Tabellen

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1.A

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Indikator 1.1

Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als 1,25 Dollar (in Kaufkraftparitäten (KKP)) pro Tag auskommen muss^{a,b}

(in Prozent)

	1990	1999	2005
Entwicklungsregionen	45,7	33,0	26,6
Nordafrika	4,5	4,4	2,6
Afrika südlich der Sahara	57,5	58,3	50,9
Lateinamerika und Karibik	11,3	10,9	8,2
Karibik	28,8	25,4	25,8
Lateinamerika	10,5	10,2	7,4
Ostasien	60,1	35,6	15,9
Südasien	49,5	42,2	38,6
Südasien ohne Indien	44,6	35,3	30,7
Südostasien	39,2	35,3	18,9
Westasien	2,2	4,1	5,8
Ozeanien	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2,7	7,8	5,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	6,3	22,3	19,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,6	3,0	0,3
Transformationsländer Südosteuropas	0,1	1,9	0,5
Am wenigsten entwickelte Länder	63,3	60,4	53,4
Binnenentwicklungsländer	49,1	50,7	42,8
Kleine Inselentwicklungsländer	32,4	27,7	27,5

^a Hocheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^b Schätzungen der Weltbank (März 2010).

Indikator 1.2
Armutslückenverhältnis^{a,b}
 (in Prozent)

	1990	1999	2005
Entwicklungsregionen	15,6	11,6	8,0
Nordafrika	0,8	0,8	0,5
Afrika südlich der Sahara	26,3	25,8	20,7
Lateinamerika und Karibik	3,9	3,8	2,8
Karibik	13,4	12,7	12,8
Lateinamerika	3,5	3,4	2,3
Ostasien	20,7	11,1	4,0
Südasien	14,5	11,2	9,8
Südasien ohne Indien	14,2	9,9	8,1
Südostasien	11,1	9,6	4,2
Westasien	0,6	1,0	1,5
Ozeanien	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,9	2,5	1,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	2,1	7,5	5,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,5	0,8	0,1
Transformationsländer Südosteuropas	0,0	0,5	0,2
Am wenigsten entwickelte Länder	27,5	24,7	19,9
Binnenentwicklungsländer	21,9	20,2	15,5
Kleine Inselentwicklungsländer	14,4	12,3	11,9

^a Das Armutslückenverhältnis misst das Ausmaß der Armut. Es wird errechnet, indem man den Anteil der unterhalb der Armutsgrenze (bei 1,25 Dollar KKP pro Tag) lebenden Menschen mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung multipliziert.

^b Hocheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Indikator 1.3
Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum^{a,b}
 (in Prozent)

	2005
Nordafrika	6,1
Afrika südlich der Sahara	3,6
Lateinamerika und Karibik	2,9
Ostasien	4,3
Südasien	7,4
Südostasien	5,7
Westasien	6,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7,0
Transformationsländer Südosteuropas	8,2

^a Hocheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^b Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2008 (A/63/1) entnommen.

Zielvorgabe 1.B
Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle,
einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Indikator 1.4

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Erwerbstätigen**a) Jährliche Wachstumsrate des BIP pro Erwerbstätigen**

(in Prozent)

	1998	2009 ^a
Welt	0,9	-2,1
Entwicklungsregionen	0,5	0,6
Nordafrika	1,3	1,0
Afrika südlich der Sahara	-0,9	-1,8
Lateinamerika und Karibik	0,2	-3,4
Ostasien	3,2	5,4
Südasien	2,3	1,9
Südostasien	-8,5	-1,7
Westasien	0,0	-1,5
Ozeanien	-5,6	-1,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-2,3	-5,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,5	-0,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	-2,1	-5,4
Entwickelte Regionen	1,7	-1,2
Transformationsländer Südosteuropas	0,4	-3,2
Am wenigsten entwickelte Länder	1,3	0,7
Binnenentwicklungsländer	-0,3	-0,9
Kleine Inselentwicklungsländer	-0,4	-2,8

^a Vorläufige Daten.**b) BIP pro Erwerbstätigen**

(US-Dollar (KKP); Basisjahr: 2005)

	1998	2009 ^a
Welt	17.457	21.172
Entwicklungsregionen	7.816	11.559
Nordafrika	15.806	18.368
Afrika südlich der Sahara	4.381	5.135
Lateinamerika und Karibik	21.170	22.214
Ostasien	5.370	11.952
Südasien	5.030	7.794
Südostasien	6.744	9.089
Westasien	33.084	39.559
Ozeanien	5.954	5.564

	1998	2009 ^a
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	12.875	21.181
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	6.453	11.886
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	14.695	24.399
Entwickelte Regionen	61.156	69.841
Transformationsländer Südosteuropas	15.490	25.150
Am wenigsten entwickelte Länder	2.062	2.974
Binnenentwicklungsländer	3.519	4.828
Kleine Inselentwicklungsländer	20.926	23.846

^a Vorläufige Daten.

Indikator 1.5

Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung

a) Insgesamt
(in Prozent)

	1991	2000	2009 ^a
Welt	62,2	61,2	60,4
Entwicklungsregionen	64,2	62,9	61,7
Nordafrika	43,9	43,4	46,0
Afrika südlich der Sahara	63,5	64,1	64,9
Lateinamerika und Karibik	56,3	57,9	60,0
Ostasien	74,5	73,1	69,8
Südasiens	57,6	56,0	55,4
Südostasien	68,0	66,5	65,6
Westasien	48,6	46,4	44,3
Ozeanien	65,5	66,3	66,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	57,9	54,0	56,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	57,4	55,7	59,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	58,0	53,6	56,1
Entwickelte Regionen	56,5	56,5	55,3
Transformationsländer Südosteuropas	53,4	51,9	47,7
Am wenigsten entwickelte Länder	70,7	69,3	69,0
Binnenentwicklungsländer	66,1	66,0	68,3
Kleine Inselentwicklungsländer	54,8	56,6	57,7

^a Vorläufige Daten.

b) Männer, Frauen und Jugendliche (2009)^a
(in Prozent)

	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>	<i>Jugendliche</i>
Welt	72,8	48,0	44,2
Entwicklungsregionen	75,5	47,8	45,0
Nordafrika	70,1	22,2	29,4
Afrika südlich der Sahara	74,5	55,5	49,0
Lateinamerika und Karibik	74,3	46,5	43,6
Ostasien	75,4	64,0	53,9
Südasien	77,2	32,5	41,2
Südostasien	77,6	53,9	43,6
Westasien	66,4	20,4	26,0
Ozeanien	71,2	62,4	52,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	62,9	51,8	34,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	65,6	53,4	38,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	61,9	51,3	32,8
Entwickelte Regionen	62,9	48,1	41,0
Transformationsländer Südosteuropas	55,0	40,8	24,1
Am wenigsten entwickelte Länder	79,3	58,9	55,9
Binnenentwicklungsländer	76,6	60,4	55,0
Kleine Inselentwicklungsländer	69,8	45,8	43,0

^a Vorläufige Daten.

Indikator 1.6

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar (in Kaufkraftparitäten (KKP)) pro Tag auskommen müssen

(in Prozent)

	<i>1991</i>	<i>2000</i>	<i>2009^a</i>
Welt	42,9	32,6	24,8
Entwicklungsregionen	56,3	41,3	30,7
Nordafrika	6,4	5,5	4,3
Afrika südlich der Sahara	66,8	66,1	63,5
Lateinamerika und Karibik	12,7	12,9	8,5
Ostasien	67,4	36,5	12,6
Südasien	60,9	53,3	51,3
Südostasien	53,5	41,8	27,6
Westasien	8,7	8,6	11,5
Ozeanien	51,6	47,4	49,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	4,6	7,7	5,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	16,2	25,5	21,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,7	2,6	0,2
Entwickelte Regionen	0,0	0,0	0,0
Transformationsländer Südosteuropas	0,6	0,9	0,6

	1991	2000	2009 ^a
Am wenigsten entwickelte Länder	70,5	70,7	65,8
Binnenentwicklungsländer	57,7	58,7	52,5
Kleine Inselentwicklungsländer	17,1	20,4	24,0

^a Prognose.

Indikator 1.7

Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung

a) Beide Geschlechter

(in Prozent)

	1991	2000	2009 ^a
Welt	55,4	52,8	50,6
Entwicklungsregionen	69,2	64,0	60,2
Nordafrika	36,7	31,5	33,9
Afrika südlich der Sahara	82,7	81,0	76,6
Lateinamerika und Karibik	35,4	34,4	31,9
Ostasien	69,2	59,0	53,3
Südasien	81,5	79,8	76,6
Südostasien	68,9	64,8	61,3
Westasien	42,4	33,2	28,5
Ozeanien	72,4	74,1	78,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	13,0	20,5	18,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	43,0	49,8	44,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	5,3	12,0	10,0
Entwickelte Regionen	12,1	11,0	10,6
Transformationsländer Südosteuropas	23,3	34,1	28,5
Am wenigsten entwickelte Länder	87,2	85,0	82,9
Binnenentwicklungsländer	74,2	76,9	73,6
Kleine Inselentwicklungsländer	33,5	37,3	39,6

^a Prognose.

b) Männer
(in Prozent)

	1991	2000	2009 ^a
Welt	53,0	51,3	49,4
Entwicklungsregionen	64,7	60,8	57,3
Nordafrika	32,9	28,2	27,7
Afrika südlich der Sahara	78,1	76,4	70,6
Lateinamerika und Karibik	34,8	34,6	32,3
Ostasien	63,1	54,4	49,5
Südasien	77,8	76,7	73,6
Südostasien	64,3	61,1	58,3
Westasien	36,2	29,3	26,1
Ozeanien	67,3	68,4	73,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	14,7	21,2	20,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	46,9	50,6	45,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	6,0	12,3	11,0
Entwickelte Regionen	12,0	11,6	11,8
Transformationsländer Südosteuropas	21,6	33,2	30,2
Am wenigsten entwickelte Länder	83,0	80,4	79,2
Binnenentwicklungsländer	71,9	73,9	70,0
Kleine Inselentwicklungsländer	32,4	36,9	39,8

^a Prognose.

c) Frauen
(in Prozent)

	1991	2000	2009 ^a
Welt	59,2	55,1	52,3
Entwicklungsregionen	76,7	69,3	64,7
Nordafrika	49,9	42,3	53,3
Afrika südlich der Sahara	89,0	87,3	84,3
Lateinamerika und Karibik	36,5	34,1	31,3
Ostasien	76,7	64,7	57,8
Südasien	90,9	88,1	83,9
Südostasien	75,1	69,9	65,4
Westasien	62,9	47,3	36,8
Ozeanien	79,1	80,9	84,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	11,1	19,7	17,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	38,4	48,8	42,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4,5	11,7	8,9
Entwickelte Regionen	12,3	10,2	9,1
Transformationsländer Südosteuropas	25,4	35,1	26,4
Am wenigsten entwickelte Länder	92,9	91,2	87,7

	1991	2000	2009 ^a
Binnenentwicklungsländer	77,2	80,7	78,0
Kleine Inselentwicklungsländer	35,5	37,8	39,2

^a Prognose.

Zielvorgabe 1.C Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Indikator 1.8
Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren

a) Insgesamt
(in Prozent)

	1990	2008
Entwicklungsregionen	31	26
Nordafrika	11	7
Afrika südlich der Sahara	31	27
Lateinamerika und Karibik	11	6
Ostasien	17	7
Ostasien ohne China	12	6
Südasien	51	46
Südasien ohne Indien	49	35
Südostasien	37	25
Westasien	14	14
Ozeanien	—	—

b) Nach Geschlecht (2003-2008)
(in Prozent)

	Jungen	Mädchen	Verhältnis Jungen/Mädchen
Entwicklungsregionen	28	29	0,97
Nordafrika	—	—	—
Afrika südlich der Sahara	28	26	1,08
Lateinamerika und Karibik	8	7	1,14
Ostasien	—	—	—
Ostasien ohne China	10	11	0,93
Südasien	46	49	0,94
Südasien ohne Indien	42	46	0,92
Südostasien	25	25	1,00
Westasien	20	19	1,05
Ozeanien	—	—	—

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>	<i>Verhältnis Jungen/Mädchen</i>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5	5	1,00
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	7	7	1,00
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	—	—	—
Transformationsländer Südosteuropas	3	3	1,13

c) Nach Wohnort (2003-2008)

(in Prozent)

	<i>Landbewohner</i>	<i>Stadtbewohner</i>
Entwicklungsregionen	32	18
Nordafrika	8	6
Afrika südlich der Sahara	30	19
Lateinamerika und Karibik	12	5
Ostasien	9	2
Ostasien ohne China	6	7
Südasien	50	39
Südasien ohne Indien	39	47
Südostasien	27	21
Westasien	21	8
Ozeanien	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	8	5
Transformationsländer Südosteuropas	3	3

d) Nach dem Vermögen der privaten Haushalte (2003-2008)

	<i>Ärmstes Fünftel</i>	<i>Reichstes Fünftel</i>
Entwicklungsregionen	43	19
Nordafrika	10	5
Afrika südlich der Sahara	34	17
Lateinamerika und Karibik	—	—
Ostasien	—	—
Ostasien ohne China	8	4
Südasien	60	26
Südasien ohne Indien	54	29
Südostasien	—	—
Westasien	—	—
Ozeanien	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	9	4

Indikator 1.9

Anteil der Bevölkerung unter dem Mindestniveau der Nahrungsenergieaufnahme

(in Prozent)

	1990-1992	2000-2002	2005-2007
Welt ^a	16	14	13
Entwicklungsregionen ^a	20	16	16
Nordafrika	<5	<5	<5
Afrika südlich der Sahara	31	30	26
Lateinamerika und Karibik	12	10	9
Ostasien	18	10	10
Ostasien ohne China	8	13	12
Südasien	21	20	21
Südasien ohne Indien	26	23	23
Südostasien	24	17	14
Westasien	5	8	7
Ozeanien	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	6 ^b	7	<5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	16 ^b	17	9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	<5 ^b	<5	<5
Entwickelte Regionen	<5	<5	<5
Transformationsländer Südosteuropas	<5	<5	<5
Am wenigsten entwickelte Länder	40	36	32
Binnenentwicklungsländer	34	30	26
Kleine Inselentwicklungsländer	24	21	21

^a Umfasst Länder/Hoheitsgebiete in Ozeanien.

^b Daten für den Zeitraum 1993-1995.

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 2.A

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Indikator 2.1

Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich

a) Insgesamt^a

	1991	2000	2008
Welt	82,2	84,3	89,6
Entwicklungsregionen	79,9	82,6	88,8
Nordafrika	80,2	88,0	94,4
Afrika südlich der Sahara	53,4	60,3	76,4
Lateinamerika und Karibik	85,8	94,1	94,9
Ostasien	97,5	94,4	96,0
Ostasien ohne China	98,1	97,6	98,0
Südasien	75,3	80,0	89,7
Südasien ohne Indien	64,1	68,5	76,3
Südostasien	94,0	93,6	94,7
Westasien	82,1	83,3	88,0
Ozeanien	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	90,3	90,5	93,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	85,9	95,2	94,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	92,5	86,8	93,0
Entwickelte Regionen	97,1	97,5	96,1
Am wenigsten entwickelte Länder	52,3	59,5	78,8
Binnenentwicklungsländer	55,1	65,4	81,6
Kleine Inselentwicklungsländer	71,2	80,1	75,8

^a Schüler im Grundschulalter, die eine Grund- oder Sekundarschule besuchen, je 100 Kinder derselben Altersgruppe. Die Quoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre.

b) Nach Geschlecht^a

	1991		2000		2008	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Welt	86,1	78,0	87,0	81,5	90,6	88,6
Entwicklungsregionen	84,4	75,1	85,6	79,4	89,9	87,6
Nordafrika	86,9	73,3	90,7	85,2	96,3	92,5
Afrika südlich der Sahara	58,0	48,8	63,9	56,6	78,3	74,5

	1991		2000		2008	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Lateinamerika und Karibik	85,4	86,3	93,7	94,4	95,1	94,8
Ostasien	99,9	94,9	93,4	95,4	94,2	98,1
Ostasien ohne China	98,1	98,2	98,1	97,0	98,3	97,7
Südasien	83,4	66,7	86,7	72,8	91,7	87,5
Südasien ohne Indien	71,7	56,2	73,7	63,1	78,8	73,7
Südostasien	96,0	91,9	94,9	92,2	95,5	93,8
Westasien	87,1	76,9	87,8	78,6	90,7	85,3
Ozeanien	—	—	—	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	91,0	89,7	90,8	90,1	93,5	93,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	87,6	84,2	95,5	95,0	94,7	93,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	92,7	92,4	87,2	86,3	92,6	93,5
Entwickelte Regionen	97,3	96,8	97,5	97,5	95,8	96,4
Am wenigsten entwickelte Länder	57,8	46,8	63,0	56,0	80,7	76,7
Binnenentwicklungsländer	60,9	49,2	69,9	60,7	84,2	79,1
Kleine Inselentwicklungsländer	71,9	70,4	81,2	79,0	76,3	75,1

^a Schüler im Grundschulalter, die eine Grund- oder Sekundarschule besuchen, je 100 Kinder derselben Altersgruppe. Die Quoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre.

Indikator 2.2

Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen
a) Insgesamt^a

	1991	2000	2008
Welt	79,6	82,1	88,1
Entwicklungsregionen	77,0	79,5	86,7
Nordafrika	72,2	81,1	96,3
Afrika südlich der Sahara	50,5	52,0	63,8
Lateinamerika und Karibik	84,2	97,5	101,0
Ostasien	106,2	97,9	96,0
Ostasien ohne China	94,5	97,8	96,9
Südasien	64,4	69,3	85,4
Südasien ohne Indien	55,2	62,3	66,2
Südostasien	85,7	92,4	98,7
Westasien	77,6	78,9	88,2
Ozeanien	61,1	63,7	67,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	82,8	94,3	97,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	61,7	94,8	99,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	92,5	94,0	96,0

	1991	2000	2008
Entwickelte Regionen	97,8	99,1	97,8
Am wenigsten entwickelte Länder	39,5	45,8	58,7
Binnenentwicklungsländer	43,4	54,9	64,5
Kleine Inselentwicklungsländer	66,3	76,0	78,9

^a Die Grundschulabschlussquoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre. Da für den offiziellen Indikator keine regionalen Durchschnittswerte vorliegen, wird die Bruttoaufnahmequote in die letzte Klassenstufe der Grundschule angegeben, die wie folgt definiert wird: Gesamtzahl der Neuaufnahmen in die letzte Klassenstufe der Grundschule, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in die letzte Klassenstufe. (*Global Education Digest 2009: Comparing Education Statistics Across the World*, Montreal (Kanada), Statistisches Institut der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, 2009, Anhang B, S. 255).

b) Nach Geschlecht^a

	1991		2000		2008	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Welt	82,0	74,1	84,9	79,2	89,6	86,9
Entwicklungsregionen	79,5	69,8	82,8	76,2	88,6	85,3
Nordafrika	80,1	64,6	84,2	77,9	99,4	93,0
Afrika südlich der Sahara	55,8	45,9	57,0	47,9	69,3	59,8
Lateinamerika und Karibik	84,5	86,1	97,1	97,8	101,8	103,0
Ostasien	96,1	91,5	97,9	97,8	94,6	97,8
Ostasien ohne China	93,9	94,0	97,8	97,6	97,9	95,8
Südasien	73,5	54,6	75,8	62,3	87,3	83,4
Südasien ohne Indien	60,5	49,7	66,4	58,1	68,2	64,2
Südostasien	89,3	87,9	92,7	92,1	98,8	98,7
Westasien	83,0	72,6	83,5	74,1	92,6	83,7
Ozeanien	63,4	55,8	65,9	59,0	70,1	61,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	91,4	91,3	94,0	93,4	95,7	95,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	85,7	85,0	97,4	96,1	99,4	97,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	94,0	94,2	92,0	91,8	92,9	92,9
Entwickelte Regionen	96,5	98,0	99,3	98,9	97,2	98,2
Am wenigsten entwickelte Länder	45,0	34,6	50,4	42,1	62,8	56,1
Binnenentwicklungsländer	53,7	44,5	60,5	49,9	68,1	60,7
Kleine Inselentwicklungsländer	64,8	64,7	75,8	75,8	79,3	78,1

^a Die Grundschulabschlussquoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre. Da für den offiziellen Indikator keine regionalen Durchschnittswerte vorliegen, wird die Bruttoaufnahmequote in die letzte Klassenstufe der Grundschule angegeben, die wie folgt definiert wird: Gesamtzahl der Neuaufnahmen in die letzte Klassenstufe der Grundschule, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in die letzte Klassenstufe. (*Global Education Digest 2009: Comparing Education Statistics Across the World*, Montreal (Kanada), Statistisches Institut der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, 2009, Anhang B, S. 255)

Indikator 2.3

Alphabetenquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern
a) Insgesamt^a

(Lese- und Schreibkundige (in Prozent))

	1985-1994	1995-2004	2005-2008
Welt	83,3	87,1	89,0
Entwicklungsregionen	79,8	84,6	87,2
Nordafrika	67,8	79,3	86,1
Afrika südlich der Sahara	65,4	68,6	71,9
Lateinamerika und Karibik	91,8	96,2	96,9
Ostasien	94,6	98,9	99,3
Ostasien ohne China	99,4	99,4	99,5
Südasien	60,3	73,7	79,3
Südasien ohne Indien	56,4	67,3	75,4
Südostasien	94,5	96,3	96,1
Westasien	87,8	91,9	92,7
Ozeanien	71,4	73,9	73,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99,8	99,8	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	99,8	99,8	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99,7	99,7	99,7
Entwickelte Regionen	99,6	99,6	99,6
Am wenigsten entwickelte Länder	55,7	65,3	69,9
Binnenentwicklungsländer	61,6	68,1	71,8
Kleine Inselentwicklungsländer	85,3	87,1	87,4

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

b) Nach Geschlecht^a

(Lese- und Schreibkundige (in Prozent))

	1985-1994		1995-2004		2005-2008	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt	87,7	78,6	90,2	83,8	91,7	86,4
Entwicklungsregionen	85,3	74,2	88,5	80,6	90,3	84,1
Nordafrika	77,4	57,7	85,2	73,3	89,8	82,2
Afrika südlich der Sahara	72,9	58,3	75,6	62,3	76,8	67,1
Lateinamerika und Karibik	91,5	92,0	95,8	96,5	96,7	97,2
Ostasien	97,1	91,9	99,2	98,6	99,4	99,2
Ostasien ohne China	99,3	99,5	99,2	99,5	99,3	99,7
Südasien	71,6	48,3	81,1	65,6	85,7	73,3
Südasien ohne Indien	66,9	46,0	73,9	60,8	79,7	71,0
Südostasien	95,5	93,5	96,6	96,1	96,3	95,8

	1985-1994		1995-2004		2005-2008	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Westasien	93,6	81,6	95,6	88,1	95,6	89,8
Ozeanien	76,6	66,1	76,1	71,5	72,0	74,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99,7	99,8	99,7	99,8	99,7	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	99,8	99,8	99,8	99,9	99,8	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99,7	99,8	99,7	99,8	99,6	99,8
Entwickelte Regionen	99,1	99,6	99,0	99,6	99,5	99,6
Am wenigsten entwickelte Länder	64,2	47,6	72,2	58,9	74,5	65,5
Binnenentwicklungsländer	67,6	56,1	74,6	62,2	77,6	66,3
Kleine Inselentwicklungsländer	87,3	83,3	88,0	86,2	87,2	87,7

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Zielvorgabe 3.A

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 3.1

Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarschulstufe und im tertiären Bildungsbereich

a) Grundschulstufe^a

	1991	2000	2008
Welt	0,89	0,92	0,97
Entwicklungsregionen	0,87	0,91	0,96
Nordafrika	0,82	0,91	0,94
Afrika südlich der Sahara	0,84	0,85	0,91
Lateinamerika und Karibik	0,98	0,97	0,97
Ostasien	0,92	1,02	1,04
Ostasien ohne China	1,00	0,99	0,99
Südasien	0,76	0,83	0,96
Südasien ohne Indien	0,74	0,80	0,96

	1991	2000	2008
Südostasien	0,97	0,97	0,97
Westasien	0,87	0,88	0,92
Ozeanien	0,90	0,90	0,89
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,00	0,99	0,99
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,99	0,99	0,98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,99	1,00
Entwickelte Regionen	0,99	0,99	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,80	0,84	0,92
Binnenentwicklungsländer	0,83	0,83	0,92
Kleine Inselentwicklungsländer	0,96	0,96	0,95

^a Bruttobeteiligungsquoten.

b) Sekundarschulstufe^a

	1991	2000	2008
Welt	0,84	0,92	0,96
Entwicklungsregionen	0,76	0,89	0,95
Nordafrika	0,79	0,94	0,98
Afrika südlich der Sahara	0,77	0,81	0,79
Lateinamerika und Karibik	1,07	1,07	1,08
Ostasien	0,77	0,94	1,05
Ostasien ohne China	0,96	0,99	0,99
Südasien	0,60	0,76	0,87
Südasien ohne Indien	0,63	0,88	0,91
Südostasien	0,90	0,97	1,03
Westasien	0,70	0,78	0,86
Ozeanien	0,84	0,91	0,87
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,02	1,01	0,98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,96	0,98	0,98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,05	1,02	0,98
Entwickelte Regionen	1,01	1,01	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,58	0,80	0,81
Binnenentwicklungsländer	0,84	0,84	0,85
Kleine Inselentwicklungsländer	1,07	1,04	1,02

^a Bruttobeteiligungsquoten.

c) Tertiärer Bildungsbereich^a

	1991	2000	2008
Welt	0,90	0,99	1,08
Entwicklungsregionen	0,67	0,83	0,97

	1991	2000	2008
Nordafrika	0,57	0,76	0,95
Afrika südlich der Sahara	0,50	0,70	0,67
Lateinamerika und Karibik	0,95	1,16	1,25
Ostasien	0,51	0,70	1,00
Ostasien ohne China	0,54	0,63	0,75
Südasiens	0,49	0,67	0,76
Südasiens ohne Indien	0,34	0,71	0,92
Südostasien	0,85	0,98	1,07
Westasien	0,67	0,82	0,92
Ozeanien	0,54	0,83	0,84
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,22	1,22	1,30
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	1,01	0,92	1,07
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,28	1,28	1,34
Entwickelte Regionen	1,07	1,19	1,29
Am wenigsten entwickelte Länder	0,36	0,60	0,58
Binnenentwicklungsländer	0,84	0,78	0,85
Kleine Inselentwicklungsländer	1,17	1,30	1,56

^a Bruttobeteiligungquoten.

Indikator 3.2

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor

(in Prozent der Erwerbstätigen)

	1990	2000	2005	2008
Welt	35,2	37,6	38,5	39,2
Entwicklungsregionen	31,2	33,8	34,7	35,5
Nordafrika	19,3	19,0	18,7	19,2
Afrika südlich der Sahara	23,5	28,2	30,5	32,4
Lateinamerika und Karibik	36,3	40,3	41,4	42,4
Ostasien	38,1	39,6	40,6	41,2
Ostasien ohne China	40,1	42,3	43,2	44,0
Südasiens	13,2	17,2	18,0	19,2
Südasiens ohne Indien	14,5	18,4	17,9	19,1
Südostasien	35,5	37,3	37,1	38,1
Westasien	16,5	18,8	19,5	20,1
Ozeanien	33,3	35,6	35,1	36,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	48,7	50,1	50,9	50,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	44,3	44,7	45,5	45,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	49,6	51,2	52,1	51,8
Entwickelte Regionen	43,4	45,5	46,3	46,8

Indikator 3.3
Sitzanteil der Frauen im nationalen Parlament^a
 (in Prozent)

	1990	2000	2005	2010 ^b
Welt	12,8	12,5	15,6	19,0
Entwicklungsregionen	10,4	10,8	13,9	17,6
Nordafrika	2,6	2,1	5,4	9,0
Afrika südlich der Sahara	7,2	9,1	14,2	18,4
Lateinamerika und Karibik	11,9	14,8	19,0	22,7
Karibik	22,1	19,9	26,0	29,4
Lateinamerika	8,6	12,9	16,4	20,1
Ostasien	20,2	19,9	19,4	19,5
Ostasien ohne China	17,8	14,6	17,2	14,5
Südasien	5,7	6,7	8,8	18,2
Südasien ohne Indien	5,9	5,6	9,0	20,1
Südostasien	10,4	9,7	15,5	19,3
Westasien	4,6	4,7	5,0	9,4
Ozeanien	1,2	3,4	3,0	2,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	—	7,3	10,2	14,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	—	7,1	9,9	15,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	—	7,5	10,5	14,2
Entwickelte Regionen	16,3	17,5	20,9	23,5
Transformationsländer Südosteuropas	27,8	8,4	15,0	18,3
Am wenigsten entwickelte Länder	7,2	7,3	13,0	19,1
Binnenentwicklungsländer	14,0	7,7	13,4	21,6
Kleine Inselentwicklungsländer	15,5	13,3	18,3	21,0

^a Nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser.

^b Stand: 31. Januar 2010.

Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 4.A Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Indikator 4.1
Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren^a

	1990	2000	2008
Welt	90	78	65
Entwicklungsregionen	100	86	72
Nordafrika	80	46	29

	1990	2000	2008
Afrika südlich der Sahara	184	166	144
Lateinamerika und Karibik	52	33	23
Ostasien	45	36	21
Ostasien ohne China	32	28	27
Südasien	121	97	74
Südasien ohne Indien	132	105	85
Südostasien	73	50	38
Westasien	66	44	32
Ozeanien	76	66	60
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	46	39	25
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	78	62	39
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	26	23	14
Entwickelte Regionen	12	8	6
Transformationsländer Südosteuropas	30	19	12

^a Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren je 1.000 Lebendgeburten.

Indikator 4.2 Säuglingssterblichkeitsrate^a

	1990	2000	2008
Welt	62	54	45
Entwicklungsregionen	68	59	49
Nordafrika	61	38	25
Afrika südlich der Sahara	108	98	86
Lateinamerika und Karibik	42	28	19
Ostasien	36	29	18
Ostasien ohne China	25	22	21
Südasien	87	71	56
Südasien ohne Indien	96	78	64
Südostasien	50	37	29
Westasien	52	35	26
Ozeanien	56	50	46
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	38	33	22
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	64	52	34
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	22	19	12
Entwickelte Regionen	10	6	5
Transformationsländer Südosteuropas	24	16	10

^a Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr je 1.000 Lebendgeburten.

Indikator 4.3

Anteil der Einjährigen, die gegen Masern geimpft wurden^a

(in Prozent)

	1990	2000	2008
Welt	73	72	83
Entwicklungsregionen	71	70	81
Nordafrika	85	93	92
Afrika südlich der Sahara	57	55	72
Lateinamerika und Karibik	76	92	93
Ostasien	98	85	94
Ostasien ohne China	95	88	95
Südasien	57	58	75
Südasien ohne Indien	60	68	87
Südostasien	70	80	88
Westasien	79	84	83
Ozeanien	70	68	58
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	85	95	96
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	—	93	93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	85	97	98
Entwickelte Regionen	84	91	93
Transformationsländer Südosteuropas	93	93	95

^a Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben.

Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 5.A

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Indikator 5.1

Müttersterblichkeitsrate^{a,b}

	1990	2005
Welt	430	400
Entwicklungsregionen	480	450
Nordafrika	250	160
Afrika südlich der Sahara	920	900
Lateinamerika und Karibik	180	130
Ostasien	95	50
Ostasien ohne China	—	170
Südasien	620	490

	1990	2005
Südasien ohne Indien	—	570
Südostasien	450	300
Westasien	190	160
Ozeanien	550	430
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	58	51
Entwickelte Regionen	11	9
Am wenigsten entwickelte Länder	900	870

^a Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten.

^b Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2008 (A/63/1) entnommen.

Indikator 5.2

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten

(in Prozent)

	Um 1990	Um 2008
Welt	58	66
Entwicklungsregionen	53	63
Nordafrika	46	80
Afrika südlich der Sahara	41	46
Lateinamerika und Karibik ^a	72	86
Ostasien	94	98
Südasien ohne China	97	100
Südasien	30	45
Südasien ohne Indien	25	41
Südostasien	46	75
Westasien	62	78
Ozeanien	54	57
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	97	98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	93	97
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99	99
Entwickelte Regionen	99	99
Transformationsländer Südosteuropas	98	99

^a Nur für Entbindungen in Gesundheitsversorgungseinrichtungen.

Zielvorgabe 5.B Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktions- medizin verwirklichen

Indikator 5.3

Verwendungsrate von Verhütungsmitteln^a

(in Prozent)

	1990	2007
Welt	55	63
Entwicklungsregionen	52	62
Nordafrika	44	60
Afrika südlich der Sahara	12	22
Lateinamerika und Karibik	62	72
Karibik	54	62
Lateinamerika	63	72
Ostasien	78	86
Ostasien ohne China	74	76
Südasien	40	54
Südasien ohne Indien	30	49
Südostasien	48	62
Westasien	46	55
Ozeanien	28	28
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	61	70
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	54	56
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	63	76
Entwickelte Regionen	70	71
Transformationsländer Südosteuropas	60	58
Am wenigsten entwickelte Länder	17	31
Binnenentwicklungsländer	25	33
Kleine Inselentwicklungsländer	50	54

^a Bei Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die verheiratet sind oder in einer festen Partnerschaft leben.

Indikator 5.4

Geburtenrate bei Jugendlichen^a

	1990	2007
Welt	60	48
Entwicklungsregionen	65	52
Nordafrika	43	31
Afrika südlich der Sahara	124	121
Lateinamerika und Karibik	91	74
Karibik	81	67
Lateinamerika	92	74
Ostasien	15	5

	1990	2007
Ostasien ohne China	4	3
Südasiens	89	53
Südasiens ohne Indien	123	71
Südostasiens	53	44
Westasiens	62	53
Ozeanien	83	61
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	52	29
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	45	29
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	55	29
Entwickelte Regionen	29	23
Transformationsländer Südosteuropas	48	30
Am wenigsten entwickelte Länder	133	121
Binnenentwicklungsländer	106	104
Kleine Inselentwicklungsländer	77	63

^a Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren.

Indikator 5.5

Zugang zur Schwangerenvorsorge (mindestens ein Besuch und mindestens vier Besuche)

a) Mindestens ein Besuch^a

(in Prozent)

	Um 1990	Um 2008
Welt	64	80
Entwicklungsregionen	64	80
Nordafrika	46	78
Afrika südlich der Sahara	67	76
Lateinamerika und Karibik	79	94
Ostasiens	80	91
Südasiens	48	70
Südasiens ohne Indien	22	58
Südostasiens	72	93
Westasiens	53	79
Ozeanien	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	90	96

^a Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die während der Schwangerschaft mindestens einmal Zugang zur Schwangerenvorsorge hatten und dabei von medizinischem Fachpersonal behandelt wurden.

b) Mindestens vier Besuche^a
(in Prozent)

	<i>2003-2009^b</i>
Welt	47
Entwicklungsregionen	47
Nordafrika	58
Afrika südlich der Sahara	44
Lateinamerika und Karibik	84
Ostasien	—
Südasien	36
Südasien ohne Indien	34
Südostasien	75
Westasien	—
Ozeanien	56

^a Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die während der Schwangerschaft mindestens viermal Zugang zur Schwangerenvorsorge hatten und dabei von medizinischem Fachpersonal behandelt wurden.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Indikator 5.6

Ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten^a

(in Prozent)

	<i>1990</i>	<i>2007</i>
Welt	13,2	11,2
Entwicklungsregionen	13,7	11,4
Nordafrika	19,5	9,9
Afrika südlich der Sahara	26,5	24,8
Lateinamerika und Karibik	15,8	10,5
Karibik	19,7	20,1
Lateinamerika	15,6	9,9
Ostasien	3,3	2,3
Südasien	18,2	14,7
Südasien ohne Indien	24,3	20,7
Südostasien	15,1	10,9
Westasien	15,7	12,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	14,4	13,4
Transformationsländer Südosteuropas	15,2	15,0
Am wenigsten entwickelte Länder	26,1	24,4
Binnenentwicklungsländer	24,6	24,8

^a Bei verheirateten oder in einer festen Partnerschaft lebenden Frauen im gebärfähigen Alter (zwischen 15 und 49 Jahren).

Ziel 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 6.A Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 6.1
HIV-Prävalenz bei den 15- bis 24-Jährigen
(in Prozent)

	1990		2002		2008	
	<i>Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)</i>	<i>Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben</i>	<i>Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)</i>	<i>Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben</i>	<i>Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)</i>	<i>Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben</i>
Entwicklungsregionen	0,3	51	0,9	53	0,8	53
Nordafrika	<0,1	28	<0,1	30	0,1	31
Afrika südlich der Sahara	1,9	57	5,3	58	4,7	58
Lateinamerika und Karibik	0,3	29	0,6	32	0,6	33
Karibik	1,1	46	1,1	52	1,1	53
Lateinamerika	0,3	24	0,6	30	0,6	31
Ostasien	<0,1	29	0,1	27	0,1	27
Ostasien ohne China	<0,1	29	0,0	30	0,0	31
Südasien	<0,1	31	0,3	42	0,2	43
Südasien ohne Indien	<0,1	23	0,1	28	0,1	29
Südostasien	0,2	43	0,3	44	0,4	40
Westasien	<0,1	29	0,1	30	0,1	30
Ozeanien	<0,1	29	0,6	30	0,9	30
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,1	43	0,6	42	0,8	43
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,1	34	0,1	31	0,2	30
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,1	43	0,8	43	1,0	44
Entwickelte Regionen	0,2	15	0,4	20	0,4	21
Transformationsländer Südosteuropas	<0,1	39	0,1	41	0,1	40
Am wenigsten entwickelte Länder	1,4	55	2,0	58	1,8	58
Binnenentwicklungsländer	2,5	56	3,8	58	3,1	58
Kleine Inselentwicklungsländer	0,6	45	0,8	47	0,8	47

Indikator 6.2

Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr^a (2003-2008)^b

	<i>Frauen</i>		<i>Männer</i>	
	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten</i>	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten</i>
Entwicklungsländer	49	27	38	43
Afrika südlich der Sahara	37	35	29	48
Lateinamerika und Karibik ^c	10	49	—	—
Südasien	1	22	2	38
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien) ^c	—	—	3	49

^a Anteil der jungen Frauen und Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, die beim Geschlechtsverkehr mit einem Gelegenheitspartner (mit dem sie nicht verheiratet waren bzw. nicht zusammenlebten) innerhalb der letzten 12 Monate ein Kondom verwendet haben, an denjenigen, die in den letzten 12 Monaten einen solchen Partner hatten.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

^c Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im Zeitraum 2002-2008 Daten vorliegen.

Indikator 6.3

Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids^a (2003-2008)^b

	<i>Frauen</i>		<i>Männer</i>	
	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen</i>	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen</i>
Welt ^c	87	19	45	31
Entwicklungsregionen ^c	69	19	39	31
Nordafrika	3	8	1	18
Afrika südlich der Sahara	38	24	28	33
Südasien	4	17	3	34
Südasien ohne Indien	3	7	—	—
Südostasien	5	22	3	17
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	11	28	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	8	20	—	—
Transformationsländer Südosteuropas	7	18	2	5

^a Anteil der jungen Frauen und Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, die die beiden wichtigsten Wege zur Verhütung der sexuellen Übertragung des HIV richtig benennen (Kondomverwendung und Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf einen treuen, nicht infizierten Partner), zwei verbreitete örtliche Fehlvorstellungen ablehnen und wissen, dass eine gesund wirkende Person das HIV übertragen kann.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

^c Ohne China.

Indikator 6.4

Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkindern zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen im Alter von 10-14 Jahren^a (2003-2008)^b

	Zahl der Länder mit Daten	Verhältnis der Schulbesuchsquoten
Entwicklungsregionen	44	0,81
Afrika südlich der Sahara	33	0,93
Südasien	2	0,73
Südostasien	3	0,84

^a Verhältnis der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren, deren biologische Eltern verstorben sind, zu der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren, deren Eltern noch leben und die derzeit bei mindestens einem biologischen Elternteil leben.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Zielvorgabe 6.B**Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen**

Indikator 6.5

Anteil der Bevölkerung mit fortgeschrittener HIV-Infektion, der Zugang zu antiretroviralen Medikamenten hat^{a,b}

(in Prozent)

	2005	2006	2007	2008
Entwicklungsregionen ^c	16	24	33	42
Nordafrika	27	31	37	40
Afrika südlich der Sahara	14	22	33	43
Lateinamerika und Karibik	46	47	50	54
Ostasien	10	14	15	19
Ostasien ohne China	<1	<1	<1	1
Südasien	7	12	21	31
Südasien ohne Indien	2	3	7	10
Südostasien und Ozeanien	28	37	50	57
Westasien	—	—	—	—
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	4	8	13	20
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	6	11	13	23
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4	8	13	20
Am wenigsten entwickelte Länder	13	23	35	46
Binnenentwicklungsländer	16	27	38	53
Kleine Inselentwicklungsländer	22	30	42	52

^a Anteil derjenigen, die eine antiretrovirale Therapie erhalten.

^b Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^c Die Werte für die Entwicklungsregionen enthalten Daten für zwei Länder in Westasien.

Zielvorgabe 6.C
Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren
Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 6.6
Malariainzidenz und Malariasterblichkeit

a) Inzidenz^a

Welt	71
Nordafrika	0
Afrika südlich der Sahara	294
Lateinamerika und Karibik	8
Karibik	11
Lateinamerika	7
Ostasien	<1
Ostasien ohne China	6
Südasien	13
Südasien ohne Indien	13
Südostasien	26
Westasien	4
Ozeanien	173
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<1
Am wenigsten entwickelte Länder	182
Binnenentwicklungsländer	201
Kleine Inselentwicklungsländer	92

^a Anzahl neuer Fälle je 1.000 Einwohner in Ländern, in denen die Malaria endemisch ist (2008).

b) Sterbefälle^a

	<i>Alle Altersstufen</i>	<i>Kinder unter 5 Jahren</i>
Welt	25	192
Nordafrika	0	0
Afrika südlich der Sahara	112	587
Lateinamerika und Karibik	1	2
Karibik	3	8
Lateinamerika	<0,5	1
Ostasien	<0,5	<0,5
Ostasien ohne China	0	0
Südasien	2	7
Südasien ohne Indien	2	8
Südostasien	5	14
Westasien	1	3
Ozeanien	34	100
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,5	<0,5

	<i>Alle Altersstufen</i>	<i>Kinder unter 5 Jahren</i>
Am wenigsten entwickelte Länder	71	391
Binnenentwicklungsländer	78	397
Kleine Inselentwicklungsländer	24	101

^a Anzahl der Sterbefälle je 100.000 Einwohner in Ländern, in denen die Malaria endemisch ist (2008).

Indikator 6.7

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen (2006-2009)

(in Prozent)

a) Insgesamt

(in Prozent)

Afrika südlich der Sahara (33 Länder)	20 ^a
---------------------------------------	-----------------

^a Die Daten für eine Teilgruppe von 26 Ländern in Afrika südlich der Sahara, für die Trenddaten verfügbar sind, zeigten einen Anstieg bei der Verwendung von imprägnierten Moskitonetzen bei Kindern von 2 Prozent im Jahr 2000 auf 22 Prozent im Jahr 2008.

b) Nach Geschlecht

(in Prozent)

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>
Afrika südlich der Sahara (29 Länder)	17	17

c) Nach Wohnort

(in Prozent)

	<i>Stadtbewohner</i>	<i>Landbewohner</i>
Afrika südlich der Sahara (32 Länder)	20	19

Indikator 6.8

Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit Fieber, die mit geeigneten Malaria-Medikamenten behandelt werden (2006-2009)

(in Prozent)

a) Insgesamt

(in Prozent)

Entwicklungsregionen (44 Länder)	17
Afrika südlich der Sahara (34 Länder)	34
Südasien (4 Länder)	7
Südasien ohne Indien (3 Länder)	3
Südostasiens (3 Länder)	1

b) Nach Geschlecht

(in Prozent)

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>
Südasiens (3 Länder)	8	6

c) Nach Wohnort

(in Prozent)

	<i>Stadtbewohner</i>	<i>Landbewohner</i>
Entwicklungsregionen (41 Länder)	23	16
Afrika südlich der Sahara (33 Länder)	41	30
Südasien (4 Länder)	9	7
Südasien ohne Indien (3 Länder)	3	3

Indikator 6.9

Tuberkuloseinzidenz, -prävalenz und -sterblichkeit

a) Inzidenz

(Anzahl neuer Fälle je 100.000 Personen einschließlich HIV-Infizierte)^a

	<i>1990</i>		<i>2000</i>		<i>2008</i>	
Welt	130	(110; 150)	140	(130; 140)	140	(130; 150)
Entwicklungsregionen	150	(130; 180)	160	(150; 170)	160	(160; 170)
Nordafrika	59	(49; 71)	48	(44; 52)	43	(39; 47)
Afrika südlich der Sahara	180	(160; 200)	320	(300; 340)	350	(330; 370)
Lateinamerika und Karibik	90	(75; 110)	61	(57; 67)	46	(43; 50)
Karibik	96	(70; 130)	91	(79; 110)	81	(70; 95)
Lateinamerika	89	(74; 110)	59	(54; 64)	44	(40; 47)
Ostasien	120	(81; 190)	110	(90; 130)	100	(85; 120)
Südasien	170	(130; 250)	170	(150; 200)	170	(150; 200)
Südostasien	240	(200; 300)	230	(210; 250)	220	(200; 240)
Westasien	58	(48; 70)	48	(43; 53)	34	(31; 37)
Ozeanien	200	(140; 300)	190	(160; 230)	190	(160; 220)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99	(74; 130)	120	(110; 130)	110	(100; 120)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	120	(95; 150)	130	(120; 150)	140	(130; 150)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	91	(62; 140)	110	(96; 130)	100	(92; 120)
Entwickelte Regionen	28	(26; 31)	20	(19; 21)	13	(13; 14)
Transformationsländer Südosteuropas	110	(75; 160)	110	(97; 140)	76	(65; 89)
Am wenigsten entwickelte Länder	220	(190; 250)	270	(260; 290)	280	(270; 300)
Binnenentwicklungsländer	170	(150; 190)	270	(260; 290)	280	(260; 300)
Kleine Inselentwicklungsländer	120	(95; 140)	110	(100; 120)	110	(97; 120)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

b) Prävalenz

(Anzahl der bestehenden Fälle je 100.000 Personen einschließlich HIV-Infizierte)^a

	<i>1990</i>	<i>2000</i>	<i>2008</i>			
Welt	250	(200; 330)	220	(190; 260)	170	(150; 210)
Entwicklungsregionen	310	(240; 410)	270	(240; 310)	210	(170; 250)

	1990	2000	2008
Nordafrika	80 (52; 170)	33 (23; 51)	27 (18; 44)
Afrika südlich der Sahara	300 (240; 380)	480 (430; 540)	490 (430; 560)
Lateinamerika und Karibik	150 (90; 250)	66 (51; 89)	40 (30; 58)
Karibik	160 (97; 320)	130 (93; 180)	96 (64; 150)
Lateinamerika	130 (85; 260)	60 (45; 85)	34 (25; 55)
Ostasien	270 (150; 510)	210 (150; 310)	90 (43; 200)
Südasiens	380 (240; 660)	270 (200; 380)	220 (150; 330)
Südostasien	440 (320; 630)	460 (380; 560)	290 (220; 380)
Westasien	83 (49; 160)	59 (44; 80)	40 (29; 59)
Ozeanien	430 (250; 790)	130 (68; 280)	110 (51; 260)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	200 (120; 320)	120 (77; 190)	100 (65; 170)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	230 (150; 360)	150 (110; 210)	160 (120; 210)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	180 (97; 350)	100 (53; 200)	72 (33; 170)
Entwickelte Regionen	29 (21; 43)	14 (10; 20)	9 (6; 13)
Transformationsländer Südosteuropas	160 (70; 380)	97 (49; 200)	58 (28; 130)
Am wenigsten entwickelte Länder	430 (350; 560)	490 (440; 550)	420 (380; 490)
Binnenentwicklungsländer	240 (190; 300)	370 (320; 430)	380 (330; 450)
Kleine Inselentwicklungsländer	210 (140; 330)	130 (110; 170)	110 (84; 150)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

c) Sterbefälle

(Anzahl je 100.000 Personen ohne HIV-Infizierte)^a

	1990	2000	2008
Welt	30 (22; 45)	27 (21; 34)	21 (17; 27)
Entwicklungsregionen	38 (26; 55)	32 (25; 42)	25 (20; 32)
Nordafrika	11 (6; 20)	5 (3; 8)	4 (3; 7)
Afrika südlich der Sahara	33 (25; 47)	50 (40; 67)	52 (41; 69)
Lateinamerika und Karibik	17 (11; 27)	6 (5; 8)	5 (4; 7)
Karibik	18 (9; 38)	15 (8; 27)	12 (8; 21)
Lateinamerika	16 (10; 27)	6 (5; 7)	5 (4; 7)
Ostasien	31 (13; 77)	26 (13; 54)	12 (6; 26)
Südasiens	45 (24; 94)	33 (20; 54)	28 (17; 46)
Südostasien	56 (35; 96)	56 (38; 85)	37 (26; 53)
Westasien	9 (6; 17)	7 (5; 11)	5 (4; 8)
Ozeanien	50 (24; 120)	19 (10; 41)	17 (9; 37)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	26 (15; 47)	22 (20; 26)	18 (13; 25)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	30 (20; 49)	22 (19; 36)	26 (19; 36)

		1990	2000	2008
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	23	(11; 52)	22 (20; 23)	14 (9; 24)
Entwickelte Regionen	3	(2; 4)	1 (1; 1)	1 (1; 1)
Transformationsländer Südosteuropas	21	(10; 49)	7 (7; 8)	5 (4; 6)
Am wenigsten entwickelte Länder	50	(36; 76)	56 (44; 75)	50 (40; 64)
Binnenentwicklungsländer	29	(21; 41)	40 (31; 55)	42 (33; 59)
Kleine Inselentwicklungsländer	24	(15; 39)	16 (11; 25)	15 (11; 21)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

Indikator 6.10

Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der direkt überwachten Kurzzeittherapie geheilten Tuberkulosefälle

a) Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (DOTS) entdeckte neue Fälle

(entdeckte abstrichpositive Fälle (in Prozent))^a

		2000	2008
Welt	40	(38;43)	62 (58;66)
Entwicklungsregionen	39	(37;41)	61 (58;65)
Nordafrika	89	(82;98)	86 (78;94)
Afrika südlich der Sahara	39	(37;41)	46 (44;49)
Lateinamerika und Karibik	70	(64;75)	77 (71;82)
Karibik	51	(44;59)	62 (53;72)
Lateinamerika	72	(66;79)	79 (73;85)
Ostasien	33	(27;39)	72 (60;86)
Südasien	37	(32;43)	67 (58;77)
Südostasien	40	(36;44)	66 (60;72)
Westasien	52	(47;57)	65 (59;71)
Ozeanien	31	(26;37)	32 (28;37)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	58	(51;65)	74 (68;82)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	60	(55;65)	63 (58;69)
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	57	(49;67)	80 (70;91)
Entwickelte Regionen	87	(82;92)	92 (87;97)
Transformationsländer Südosteuropas	99	(84;120)	110 (93;130)
Am wenigsten entwickelte Länder	35	(33;36)	49 (46;51)
Binnenentwicklungsländer	38	(36;40)	41 (38;43)
Kleine Inselentwicklungsländer	42	(38;46)	52 (47;57)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

b) Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (DOTS) erfolgreich behandelte Fälle

(in Prozent)

	2000	2007
Welt	69	86
Entwicklungsregionen	69	87
Nordafrika	88	87
Afrika südlich der Sahara	71	79
Lateinamerika und Karibik	76	82
Karibik	72	80
Lateinamerika	77	83
Ostasien	92	94
Südasien	42	88
Südostasien	86	89
Westasien	77	86
Ozeanien	76	46
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	77	64
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	79	75
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	67	59
Entwickelte Regionen	66	61
Transformationsländer Südosteuropas	72	85
Am wenigsten entwickelte Länder	77	85
Binnenentwicklungsländer	75	80
Kleine Inselentwicklungsländer	73	74

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 7.A

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Indikator 7.1

Anteil der Waldflächen

(in Prozent)

	1990	2000	2010
Welt	32,0	31,4	31,0
Entwicklungsregionen	30,8	29,5	28,8
Nordafrika	1,4	1,4	1,4
Afrika südlich der Sahara	31,2	29,5	28,1
Lateinamerika und Karibik	52,0	49,6	47,4

	1990	2000	2010
Karibik	25,8	28,1	30,3
Lateinamerika	52,3	49,9	47,6
Ostasien	16,4	18,0	20,5
Ostasien ohne China	15,2	14,0	12,8
Südasien	14,1	14,1	14,5
Südasien ohne Indien	7,8	7,3	7,1
Südostasien	56,9	51,3	49,3
Westasien	2,8	3,0	3,4
Ozeanien	67,5	65,1	62,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	39,5	39,6	39,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	3,9	3,9	3,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	48,0	48,1	48,1
Entwickelte Regionen	30,0	30,4	30,6
Transformationsländer Südosteuropas	30,2	30,5	32,6
Am wenigsten entwickelte Länder	32,7	31,0	29,6
Binnenentwicklungsländer	19,3	18,2	17,1
Kleine Inselentwicklungsländer	64,6	63,7	62,7

Indikator 7.2

CO₂-Emissionen insgesamt, pro Kopf und je 1 Dollar BIP (KKP)
a) Insgesamt^a

(in Millionen Tonnen)

	1990	2000	2005	2007
Welt	21.899	24.043	27.923	29.595
Entwicklungsregionen	7.070	9.915	13.277	14.894
Nordafrika	232	362	425	453
Afrika südlich der Sahara	464	554	658	684
Lateinamerika und Karibik	1.051	1.342	1.477	1.594
Karibik	84	99	106	120
Lateinamerika	966	1.243	1.371	1.474
Ostasien	2.986	3.974	6.212	7.165
Ostasien ohne China	525	569	598	626
Südasien	1.009	1.675	2.032	2.326
Südasien ohne Indien	319	489	621	714
Südostasien	426	790	1.064	1.133
Westasien	653	1.042	1.218	1.340
Ozeanien	6	7	11	10
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ^b	3.797	2.141	2.299	2.372
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien) ^b	499	330	387	445
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa) ^b	2.806	1.811	1.911	1.926
Entwickelte Regionen	10.907	11.768	12.084	12.053
Transformationsländer Osteuropas	243	169	180	191

	1990	2000	2005	2007
Am wenigsten entwickelte Länder	64	112	167	185
Binnenentwicklungsländer	56	400	460	523
Kleine Inselentwicklungsländer	139	163	182	190
Anlage-I-Länder ^{c,d}	11.615	12.577	12.958	13.026

b) Pro Kopf

(in Tonnen)

	1990	2000	2005	2007
Welt	4,2	3,9	4,3	4,4
Entwicklungsregionen	1,8	2,1	2,6	2,8
Nordafrika	1,9	2,5	2,7	2,8
Afrika südlich der Sahara	0,9	0,8	0,9	0,9
Lateinamerika und Karibik	2,4	2,6	2,7	2,8
Karibik	2,7	2,9	2,9	3,2
Lateinamerika	2,4	2,6	2,7	2,8
Ostasien	2,5	3,0	4,5	5,1
Ostasien ohne China	7,4	7,2	7,4	7,7
Südasien	0,8	1,1	1,3	1,4
Südasien ohne Indien	0,9	1,2	1,3	1,5
Südostasien	1,0	1,5	1,9	2,0
Westasien	4,9	6,0	6,2	6,6
Ozeanien	1,0	1,0	1,3	1,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ^b	11,7	7,6	8,3	8,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien) ^b	7,3	4,6	5,2	5,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa) ^b	13,1	8,6	9,4	9,6
Entwickelte Regionen	12,3	12,4	12,4	12,2
Transformationsländer Südosteuropas	6,9	4,3	4,7	5,0
Am wenigsten entwickelte Länder	0,1	0,2	0,2	0,2
Binnenentwicklungsländer	0,3	1,2	1,3	1,4
Kleine Inselentwicklungsländer	3,2	3,2	3,3	3,3
Anlage-I-Länder ^{c,d}	12,0	12,2	12,2	12,1

c) Pro 1 Dollar BIP (KKP)

(in Kilogramm)

	1990	2000	2005	2007
Welt	0,54	0,50	0,49	0,47
Entwicklungsregionen	0,65	0,59	0,60	0,58
Nordafrika	0,43	0,54	0,52	0,50
Afrika südlich der Sahara	0,58	0,54	0,50	0,45
Lateinamerika und Karibik	0,33	0,31	0,30	0,29
Karibik	0,61	0,59	0,55	0,55

	1990	2000	2005	2007
Lateinamerika	0,33	0,31	0,30	0,29
Ostasien	1,46	0,87	0,92	0,86
Ostasien ohne China	0,44	0,45	0,38	0,36
Südasien	0,60	0,62	0,55	0,53
Südasien ohne Indien	0,49	0,51	0,49	0,49
Südostasien	0,42	0,47	0,50	0,47
Westasien	0,52	0,58	0,54	0,53
Ozeanien	0,30	0,25	0,38	0,29
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ^b	1,54	1,27	0,98	0,86
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien) ^b	2,37	1,80	1,33	1,21
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa) ^b	1,45	1,20	0,93	0,81
Entwickelte Regionen	0,49	0,41	0,38	0,36
Transformationsländer	0,99	0,70	0,58	0,54
Am wenigsten entwickelte Länder	0,18	0,19	0,21	0,20
Binnenentwicklungsländer	0,30	0,96	0,76	0,71
Kleine Inselentwicklungsländer	0,59	0,43	0,41	0,36
Anlage-I-Länder ^{c,d}	0,51	0,43	0,40	0,38

^a Gesamte CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen; umfasst Emissionen aus dem Verbrauch fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, der Zementherstellung und der Gasabfackelung (United States Department of Energy, Carbon Dioxide Information Analysis Center).

^b Die Spalte für 1990 zeigt Daten für 1992.

^c Auf der Grundlage der jährlichen nationalen Emissionsinventare der Anlage-I-Länder (mit Ausnahme Belarus', der Russischen Föderation und der Ukraine, die unter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten erfasst sind), die der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Bericht erstatten. Nicht-Anlage-I-Länder haben keine jährlichen Berichterstattungspflichten.

^d Schließt Emissionen/Abbau durch Senken durch Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft nicht mit ein.

Indikator 7.3

Verbrauch ozonabbauender Stoffe

(in Tonnen Ozonabbaupotenzial)

	1990 ^a	2000	2008
Entwicklungsregionen	247.582	212.514	44.689
Nordafrika	6.203	8.129	1.347
Afrika südlich der Sahara	23.449	9.561	1.327
Lateinamerika und Karibik	76.048	31.087	6.715
Karibik	2.177	1.669	219
Lateinamerika	73.871	29.418	6.496
Ostasien	103.217	105.762	21.530
Ostasien ohne China	12.904	14.885	4.144
Südasien	3.338	28.161	4.057
Südasien ohne Indien	3.338	9.466	1.152
Südostasien	21.108	16.831	2.916
Westasien	11.516	11.882	6.605

	1990 ^a	2000	2008
Ozeanien	47	129	10
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	139.454	27.585	1.719
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	2.738	928	183
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	136.716	26.657	1.536
Entwickelte Regionen	826.807	24.060	-1.792 ^b
Transformationsländer Südosteuropas	6.239	966	113
Am wenigsten entwickelte Länder	1.462	4.786	1.075
Binnenentwicklungsländer	3.354	2.386	437
Kleine Inselentwicklungsländer	7.162	2.147	396

^a Für die Jahre vor dem Inkrafttreten der Berichterstattungspflicht für eine Gruppe von Stoffen wurden die fehlenden Länderverbrauchswerte auf dem Stand des Basisjahres geschätzt. Dies gilt für die Stoffe in den Anlagen B, C und E, die 1992 beziehungsweise 1992 und 1994 in Kraft getreten sind.

^b Negative Werte ergeben sich, wenn die Summe aus Ausfuhren und Vernichtung größer ist als die Summe aus tatsächlicher Produktion und Einfuhren.

Indikator 7.4

Anteil der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen^a

(in Prozent)

	1990	2000	2006
Insgesamt	81	72	72
Voll befischt	50	47	52
Unter- und mäßig befischt	31	25	20

^a Neue globale oder regionale Daten liegen nicht vor. Die angeführten Daten sind dem Bericht von 2009 (A/64/1) entnommen.

Indikator 7.5

Anteil der genutzten Wasserressourcen an den gesamten Wasservorkommen^a um das Jahr 2000^b

(in Prozent)

Entwicklungsregionen	6,7
Nordafrika	77,5
Afrika südlich der Sahara	2,2
Lateinamerika und Karibik	1,4
Ostasien	21,6
Ostasien ohne China	19,2
Südasien	26,8
Südasien ohne Indien	19,6
Südostasien	4,5
Westasien	47,5
Ozeanien	0,02
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,2
Entwickelte Regionen	9,2
Transformationsländer Südosteuropas	7,5

Am wenigsten entwickelte Länder	3,5
Binnenentwicklungsländer	8,2
Kleine Inselentwicklungsländer	1,3

^a Anteil der Oberflächen- und Grundwasserentnahme an den gesamten verfügbaren erneuerbaren Wasserressourcen.

^b Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2009* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten zurückzuführen.

Zielvorgabe 7.B

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Indikator 7.6

Anteil der geschützten Land- und Meeresgebiete

a) **Land- und Meeresgebiete^{a,b}**
(in Prozent)

	1990	2000	2009
Welt ^c	7,9	9,9	10,9
Entwicklungsregionen	8,1	10,9	12,4
Nordafrika	3,2	3,7	4,0
Afrika südlich der Sahara	10,4	10,6	11,1
Lateinamerika und Karibik	9,4	15,2	19,3
Karibik	3,5	4,0	4,6
Lateinamerika	9,6	15,6	19,9
Ostasien	11,6	14,4	15,3
Ostasien ohne China	3,9	11,5	11,5
Südasien	5,3	5,9	6,2
Südasien ohne Indien	5,7	6,5	7,1
Südostasien	4,3	6,7	7,3
Westasien	3,7	14,4	14,5
Ozeanien	0,5	1,1	1,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	6,7	7,8	7,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	2,7	3,0	3,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	7,6	8,8	8,8
Entwickelte Regionen	10,8	12,1	13,1
Transformationsländer Südosteuropas	2,8	4,9	7,0
Am wenigsten entwickelte Länder	8,5	9,2	9,5
Binnenentwicklungsländer	8,8	10,8	11,2
Kleine Inselentwicklungsländer	1,4	2,7	3,2

^a Verhältnis von Schutzgebieten (Land- und Meeresgebiete) zur Gesamtfläche. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2009* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

b) Landgebiete^{a,b}
(in Prozent)

	1990	2000	2009
Welt ^c	8,7	10,7	11,6
Entwicklungsregionen	9,4	12,4	13,9
Nordafrika	3,3	3,7	4,0
Afrika südlich der Sahara	11,1	11,3	11,7
Lateinamerika und Karibik	10,5	16,1	20,8
Karibik	9,1	9,8	11,1
Lateinamerika	10,5	16,2	20,9
Ostasien	12,0	14,9	15,9
Ostasien ohne China	4,0	12,1	12,1
Südasien	5,5	6,1	6,4
Südasien ohne Indien	5,9	6,8	7,4
Südostasien	8,6	13,0	13,6
Westasien	4,0	15,4	15,5
Ozeanien	2,0	3,0	3,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7,0	7,7	7,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	2,7	3,0	3,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	7,9	8,8	8,8
Entwickelte Regionen	11,6	12,9	13,6
Transformationsländer Südosteuropas	2,9	4,7	6,9
Am wenigsten entwickelte Länder	9,4	10,0	10,2
Binnenentwicklungsländer	8,8	10,8	11,2
Kleine Inselentwicklungsländer	4,0	6,3	6,7

^a Verhältnis von geschützten Landgebieten zur Gesamtfläche. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2009* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

c) Meeresgebiete^{a,b}
(in Prozent)

	1990	2000	2009
Welt ^c	2,9	5,0	6,3
Entwicklungsregionen	0,9	2,9	3,5
Nordafrika	1,6	2,1	3,1
Afrika südlich der Sahara	0,7	1,5	1,8

	1990	2000	2009
Lateinamerika und Karibik	2,3	9,0	9,8
Karibik	1,2	1,6	2,0
Lateinamerika	2,6	10,7	11,6
Ostasien	1,2	1,7	1,9
Ostasien ohne China	3,2	3,2	3,4
Südasien	1,3	1,4	1,6
Südasien ohne Indien	1,0	1,2	1,5
Südostasien	0,5	1,2	1,8
Westasien	0,7	2,0	2,2
Ozeanien	0,1	0,6	1,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3,2	8,9	8,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,2	0,4	0,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	3,2	8,9	8,9
Entwickelte Regionen	6,5	8,1	11,0
Transformationsländer Südosteuropas	0,6	9,8	10,8
Am wenigsten entwickelte Länder	0,5	1,1	2,0
Binnenentwicklungsländer ^d	0,0	0,0	0,0
Kleine Inselentwicklungsländer	0,4	1,2	1,8

^a Verhältnis von geschützten Meeresgebieten zur Gesamtfläche der Hoheitsgewässer. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2009* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

^d Einige Binnenentwicklungsländer haben Gebietsansprüche auf Gewässer innerhalb von Binnenmeeren.

Indikator 7.7

Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten^{a,b}

(Anteil der in naher Zukunft nicht vom Aussterben bedrohten Arten (in Prozent))

	Vögel		Säugetiere	
	1994	2008	1996	2008
Welt	93,51	93,09	86,03	85,33
Entwicklungsregionen	96,44	95,71	85,87	85,13
Nordafrika	92,55	92,19	90,18	89,82
Afrika südlich der Sahara	97,60	97,12	86,76	86,59
Lateinamerika und Karibik	93,75	93,60	87,09	86,56
Karibik	96,01	95,93	89,81	89,94
Lateinamerika	93,49	93,35	87,59	87,04
Ostasien	93,10	92,95	91,42	90,67
Südasien	96,19	95,78	86,92	86,21
Südostasien	95,99	95,52	84,27	82,59
Westasien	93,40	92,66	92,95	92,50

	<i>Vögel</i>		<i>Säugetiere</i>	
	<i>1994</i>	<i>2008</i>	<i>1996</i>	<i>2008</i>
Ozeanien	97,60	96,99	85,16	84,39
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	91,86	91,41	92,28	91,68
Entwickelte Regionen	92,20	91,85	91,04	90,79

^a Für Säugetiere liegen keine neuen globalen oder regionalen Daten vor. Die angeführten Daten sind dem Bericht von 2009 (A/64/1) entnommen.

^b Indexwerte der Roten Liste der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (Weltnaturschutzunion) für Arten mit einer ausreichenden Datengrundlage.

Zielvorgabe 7.C

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Indikator 7.8

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung

(in Prozent)

	<i>1990</i>			<i>2008</i>		
	<i>Gesamt</i>	<i>Stadt- bewohner</i>	<i>Land- bewohner</i>	<i>Gesamt</i>	<i>Stadt- bewohner</i>	<i>Land- bewohner</i>
Welt	77	95	64	87	96	78
Entwicklungsregionen	71	93	60	84	94	76
Nordafrika	86	94	78	92	95	87
Afrika südlich der Sahara	49	83	36	60	83	47
Lateinamerika und Karibik	85	95	63	93	97	80
Ostasien	69	97	56	89	98	82
Ostasien ohne China	93 ^a	97 ^a	80 ^a	98	100	91
Südasien	75	91	69	87	95	83
Südasien ohne Indien	82	95	77	85	93	80
Südostasien	72	92	63	86	92	81
Westasien	86	96	70	90	96	78
Ozeanien	51	92	38	50	92	37
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	92	98	82	94	98	87
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	88	96	80	88	97	80
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	94	98	82	96	98	91
Entwickelte Regionen	99	100	98	100	100	98
Am wenigsten entwickelte Länder	54	81	47	62	80	54

^a Daten von 1995.

Indikator 7.9

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen

(in Prozent)

	1990			2008		
	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner
Welt	54	77	36	61	76	45
Entwicklungsregionen	41	65	28	52	68	40
Nordafrika	72	91	55	89	94	83
Afrika südlich der Sahara	28	43	21	31	44	24
Lateinamerika und Karibik	69	81	39	80	86	55
Ostasien	43	53	39	56	61	53
Ostasien ohne China	86 ^a	88 ^a	78 ^a	97	99	92
Südasien	25	56	13	36	57	26
Südasien ohne Indien	42	74	30	50	65	42
Südostasien	46	69	36	69	79	60
Westasien	80	96	53	85	94	67
Ozeanien	55	85	46	53	81	45
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	89	94	79	89	93	83
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	91	96	86	91	91	91
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	89	94	76	89	94	76
Entwickelte Regionen	99	100	97	99	100	96
Am wenigsten entwickelten Länder	24	43	19	36	50	31

^a Daten von 1995. Diese Daten stammen von einer anderen Teilgruppe von Ländern als die für die Schätzungen für 2008 verwendeten Daten.

Zielvorgabe 7.D

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Indikator 7.10

Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung^a

(in Prozent)

	1990	2000	2010
Entwicklungsregionen	46,1	39,3	32,7
Nordafrika	34,4	20,3	13,3
Afrika südlich der Sahara	70,0	65,0	61,7
Lateinamerika und Karibik	33,7	29,2	23,5
Ostasien	43,7	37,4	28,2
Südasien	57,2	45,8	35,0
Südostasien	49,5	39,6	31,0

	1990	2000	2010
Westasien	22,5	20,6	24,6
Ozeanien	24,1	24,1	24,1

^a Stadtbewohner in Haushalten, auf die mindestens eines der folgenden vier Merkmale zutrifft: kein Zugang zu besserer Trinkwasserversorgung, kein Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen, Überbelegung (drei oder mehr Personen in einem Raum) und aus nicht beständigem Material gebaute Behausungen. Grubenlatrinen werden zur Hälfte als bessere sanitäre Einrichtungen gewertet. Diese neuen Zahlen sind nicht mit den früher veröffentlichten Schätzungen vergleichbar, in denen alle Haushalte, die Grubenlatrinen nutzen, als Slumhaushalte angesehen wurden.

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 8.A

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Umfasst die Verpflichtung auf gute Regierungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene.

Zielvorgabe 8.B

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

Umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügigerer öffentlicher Entwicklungshilfe an Länder, die sich für die Armutsminderung einsetzen.

Zielvorgabe 8.C

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sonder-tagung der Generalversammlung)

Zielvorgabe 8.D

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Öffentliche Entwicklungshilfe

Indikator 8.1

Öffentliche Entwicklungshilfe, netto (insgesamt und an die am wenigsten entwickelten Länder), in Prozent des Bruttonationaleinkommens der Geberländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

a) Jährliche Leistungen insgesamt^a

(in Milliarden US-Dollar)

	1990	2002	2005	2006	2007	2008	2009 ^b
Alle Entwicklungsländer	52,8	58,6	107,8	104,8	104,2	122,3	119,6
Am wenigsten entwickelte Länder	15,1	15,9	26,1	30,1	32,1	37,1	

^a Enthält den Erlass der nicht mit öffentlicher Entwicklungshilfe zusammenhängenden Schulden, jedoch nicht den Schuldenerlass zu militärischen Zwecken.

^b Vorläufige Daten.

b) Anteil am Bruttonationaleinkommen der OECD/DAC-Geberländer

(in Prozent)

	1990	2002	2005	2006	2007	2008	2009 ^a
Alle Entwicklungsländer	0,32	0,23	0,32	0,3	0,27	0,3	0,31
Am wenigsten entwickelte Länder	0,09	0,06	0,08	0,09	0,08	0,09	

^a Vorläufige Daten.

Indikator 8.2

Anteil der gesamten bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Sanitärversorgung)

	1998	2000	2002	2004	2006	2008
in Prozent	10,7	15,5	17,3	15,9	20,0	18,6
in Milliarden US-Dollar	3,0	4,3	4,9	7,7	11,5	15,5

Indikator 8.3

Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer^a

	1990	2003	2005	2006	2007	2008
in Prozent	67,6	91,1	91,4	88,3	83,9	86,5
in Milliarden US-Dollar	16,3	30,1	49	62,2	60,3	80,6

^a Unter Ausschluss der technischen Zusammenarbeit und der Verwaltungskosten sowie aller öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, über deren Bindungsgrad keine Angaben gemacht wurden. Der Anteil der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe unter Ausschluss der technischen Zusammenarbeit und der Verwaltungskosten, für die Angaben über den Bindungsgrad gemacht wurden, betrug im Jahr 2008 99,6 Prozent.

Indikator 8.4

Von den Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2005	2006	2007	2008
in Prozent	6,3	8,1	7,0	6,2	5,6	4,2
in Milliarden US-Dollar	7,0	12,1	15,0	16,6	18,9	22,6

Indikator 8.5

Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2005	2006	2007	2008
in Prozent	2,7	2,5	2,5	2,5	2,8	2,7
in Milliarden US-Dollar	2,1	1,8	2,5	2,7	3,2	3,7

Marktzugang

Indikator 8.6

Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach Wert und ohne Rüstungsgüter)

(in Prozent)

	1996	2000	2004	2006	2008
a) <i>ohne Rüstungsgüter</i>					
Entwicklungsländer ^a	53	63	76	81	84
Am wenigsten entwickelte Länder	68	75	82	89	92
b) <i>ohne Rüstungsgüter und Erdöl</i>					
Entwicklungsländer ^a	54	65	76	77	80
Nordafrika	20	26	94	95	95
Afrika südlich der Sahara	88	83	91	93	94
Lateinamerika und Karibik	58	58	93	97	96
Lateinamerika	74	82	92	93	93
Ostasien	35	52	63	64	68
Südasien	41	46	62	62	66
Südostasien	60	76	76	78	80
Westasien	45	56	89	93	95
Ozeanien	82	79	84	87	91
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	59	59	87	89	91
Am wenigsten entwickelte Länder	78	70	80	79	81

^a Einschließlich der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Indikator 8.7

Durchschnittliche Höhe der von den entwickelten Ländern erhobenen Zölle auf Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

(in Prozent)

	1996	2000	2004	2008
a) Agrarprodukte				
Entwicklungsländer	10,5	9,3	9,1	8,0
Am wenigsten entwickelte Länder	3,9	3,6	3,0	1,6
b) Textilien				
Entwicklungsländer	7,3	6,6	5,2	5,1
Am wenigsten entwickelte Länder	4,6	4,1	3,2	3,2
c) Bekleidung				
Entwicklungsländer	11,5	10,8	8,6	8,2
Am wenigsten entwickelte Länder	8,2	7,8	6,4	6,4

Indikator 8.8

Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	1990	2003	2005	2006	2007	2008 ^a
in Prozent	2,05	1,17	1,05	0,96	0,88	0,84
in Milliarden US-Dollar	327	350	375	363	364	376

^a Vorläufige Daten.

Indikator 8.9

Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe^a

	2001	2003	2005	2007	2008
Handelspolitik und -vorschriften sowie handelsbezogene Anpassung ^b	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Wirtschaftliche Infrastruktur	21,5	14,8	17,2	13,1	18,1
Aufbau von Produktionskapazitäten	16,0	13,4	12,8	13,3	14,7
Gesamte Handelshilfe	38,5	29,0	30,7	27,2	33,7

^a Stellvertreterindikatoren für Handelshilfe, als Prozentsatz der bilateralen sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe.

^b Die Meldung von Daten über handelsbezogene Anpassung begann 2007. Bisher meldeten lediglich Kanada und die Europäische Kommission Daten.

Schulden­trag­fä­hig­keit

Indikator 8.10

Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben (kumulativ)

	2000 ^a	2010 ^b
Abschlusspunkt erreicht	1	28
Entscheidungspunkt erreicht, Abschlusspunkt noch nicht erreicht	21	7
Entscheidungspunkt noch nicht erreicht	12	5
In Betracht kommende Länder insgesamt	34	40

^a Stand: Dezember 2000. Umfasst nur die Länder, die 2010 als hochverschuldete arme Länder eingestuft sind.

^b Stand: März 2010.

Indikator 8.11

Im Rahmen der HIPC-Initiative und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) zugesagte Schuldenerleichterungen^a

(in Milliarden US-Dollar (kumulativ))

	2000	2010 ^b
Für Länder, die den Entscheidungs- oder Abschlusspunkt erreicht haben	32	82

^a Ausgedrückt im Nettogegenwartswert von Ende 2008. Stand der Zusagen: März 2010.

^b Unter Ausschluss von 38,4 Millionen Dollar (nominal) an zugesagter Schuldenerleichterung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) an Afghanistan und von 201,3 Millionen Dollar (nominal) an zugesagter Schuldenerleichterung der IDA und des Internationalen Währungsfonds an Kongo.

Indikator 8.12

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)^{a,b}

	1990	1995	2000	2008
Entwicklungsregionen	19,7	14,4	12,6	3,5
Nordafrika	39,9	22,7	15,4	6,1
Afrika südlich der Sahara	17,6	10,4	9,4	1,9
Lateinamerika und Karibik	20,6	18,7	21,8	6,7
Karibik	16,8	10,8	8,0	11,3
Lateinamerika	20,7	19,0	22,2	6,6
Ostasien	10,6	9,0	5,1	0,6
Süd­asien	17,6	27,0	13,8	5,4
Süd­asien ohne Indien	9,3	22,3	11,5	7,9
Südostasien	16,7	7,9	6,5	2,8
Westasien	27,8	22,3	17,5	9,5
Ozeanien	14,0	7,8	5,9	1,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,6 ^c	6,1	8,1	3,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,6 ^c	3,8	8,4	0,6

	1990	1995	2000	2008
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,6 ^c	6,2	8,1	4,4
Transformationsländer Südosteuropas	9,7	11,7	11,8	4,1
Am wenigsten entwickelte Länder	16,8	13,4	11,6	2,9
Binnenentwicklungsländer	14,9	7,3	8,6	1,2
Kleine Inselentwicklungsländer	13,7	9,5	8,7	8,4

^a Anteil des Schuldendienstes an den Erlösen aus Güter- und Dienstleistungsexporten und den Nettoeinnahmen aus dem Ausland.

^b Enthält die im Rahmen des Verschuldungs-Berichterstattungssystems der Weltbank berichtender Länder. Die Aggregate beruhen auf den verfügbaren Daten und enthalten für einige Jahre möglicherweise nicht die Länder, zu denen keine Daten über Güter- und Dienstleistungsexporte und über Nettoeinnahmen aus dem Ausland vorliegen.

^c Daten für 1993.

Zielvorgabe 8.E

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Indikator 8.13

Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten

(Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.)

Zielvorgabe 8.F

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Indikator 8.14

Festnetzanschlüsse je 100 Einwohner

	1990	2000	2008
Welt	9,8	15,9	18,5
Entwicklungsregionen	2,4	8,0	12,9
Nordafrika	2,8	7,1	12,5
Afrika südlich der Sahara	1,0	1,4	1,4
Lateinamerika und Karibik	6,3	14,7	18,6
Karibik	7,0	11,2	11,2
Lateinamerika	6,2	15,0	19,1
Ostasien	2,4	13,8	26,5
Ostasien ohne China	24,8	42,8	39,2
Südasien	0,7	3,2	4,4
Südasien ohne Indien	1,0	3,4	7,2

	1990	2000	2008
Südostasien	1,3	4,8	13,6
Westasien	9,7	17,8	17,1
Ozeanien	3,3	5,2	5,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	12,5	18,6	26,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	7,9	8,8	12,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	13,9	21,9	31,3
Entwickelte Regionen	42,4	55,0	45,9
Transformationsländer Südosteuropas	13,1	21,1	25,9
Am wenigsten entwickelte Länder	0,3	0,5	1,0
Binnenentwicklungsländer	2,4	2,8	3,8
Kleine Inselentwicklungsländer	7,9	12,9	12,4

Indikator 8.15

Mobilfunkteilnehmer je 100 Einwohner

	1995	2000	2008
Welt	1,6	12,1	59,7
Entwicklungsregionen	0,4	5,5	48,8
Nordafrika	<0,1	2,7	66,7
Afrika südlich der Sahara	0,1	1,7	31,8
Lateinamerika und Karibik	0,8	12,2	80,1
Karibik	1,2	6,4	49,8
Lateinamerika	0,8	12,6	82,4
Ostasien	0,5	9,9	50,4
Ostasien ohne China	3,4	49,9	81,1
Südasien	<0,1	0,4	32,7
Südasien ohne Indien	<0,1	0,5	40,9
Südostasien	0,7	4,3	66,3
Westasien	0,9	14,9	80,1
Ozeanien	0,2	2,4	20,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	<0,1	1,8	113,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,1	1,3	63,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,1	2,0	132,4
Entwickelte Regionen	7,8	47,7	104,6
Transformationsländer Südosteuropas	0,1	8,9	111,9
Am wenigsten entwickelte Länder ^a	<0,1	0,3	20,9
Binnenentwicklungsländer	<0,1	1,1	27,8
Kleine Inselentwicklungsländer	1,5	10,3	51,6

^a Die Spalte für 1995 zeigt Daten für 1996.

Indikator 8.16
Internetnutzer je 100 Einwohner

	1995	2000	2008
Welt	0,7	6,5	23,4
Entwicklungsregionen	0,1	2,0	15,1
Nordafrika	<0,1	0,7	19,1
Afrika südlich der Sahara	0,1	0,5	6,0
Lateinamerika und Karibik	0,1	3,9	28,8
Karibik	0,1	2,8	19,9
Lateinamerika	0,1	4,0	29,5
Ostasien	0,1	3,6	24,6
Ostasien ohne China	0,9	27,0	54,4
Südasien	<0,1	0,5	5,8
Südasien ohne Indien ^a	<0,1	0,3	9,1
Südostasien	0,1	2,4	13,9
Westasien	0,1	4,0	23,8
Ozeanien	<0,1	1,8	6,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,1	1,4	22,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien) ^a	<0,1	0,5	12,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,1	1,7	27,0
Entwickelte Regionen	3,9	29,8	67,7
Transformationsländer Südosteuropas	0,1	3,4	31,7
Am wenigsten entwickelte Länder ^b	<0,1	0,1	2,1
Binnenentwicklungsländer ^a	<0,1	0,3	5,2
Kleine Inselentwicklungsländer	0,2	4,9	20,8

^a Die Spalte für 1995 zeigt Daten für 1996.

^b Die Spalte für 1995 zeigt Daten für 1998.

Quellen: Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele und Datenbank der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele (<http://mdgs.un.org>).

Anmerkungen: Sofern nicht anders angegeben beruht die regionale Gruppierung auf den geografischen Regionen der Vereinten Nationen, mit einigen Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2010 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann in Englisch unter <http://mdgs.un.org> unter „Data“ abgerufen werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umfasst Belarus, die Republik Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine in Europa sowie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Asien.

Der Begriff „Entwickelte Regionen“ umfasst Europa (mit Ausnahme der GUS-Länder), Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Transformationsländer in Europa sind durchweg eingeschlossen.

